



4195069805005

infpro Themenservice
www.infpro.org

Heft 11
Februar 2026

4 EURO
FE 210455



infpro

THEMENSERVICE



GESTATTEN OREN CASS

OREN CASS IST EIN KONSERVATIVER POLITIKDENKER. ALS CHEFÖKONOM VON AMERICAN COMPASS ARGUMENTIERT ER FÜR EINE STÄRKER STAATLICH GERAHMTE WIRTSCHAFTSORDNUNG, IN DER PRODUKTION UND BREITE ERWERBSARBEIT ALS STRATEGISCHE GRUNDLAGE VON WOHLSTAND UND STABILITÄT GELTEN.

Amerikas neue Industriepolitik

Und Deutschland schwindende Wertschöpfung

Die Vereinigten Staaten richten ihre Wirtschaftspolitik zunehmend auf Produktionsfähigkeit und Lieferkettenstabilität aus – mit Zöllen, Förderprogrammen und strategischer Beschaffung. Oren Cass liefert dafür die intellektuelle Begründung und hält Europa einen Spiegel vor. Deutschland muss entscheiden, ob es Industrie weiterhin als Kostenproblem oder als Zukunftsinfrastruktur behandelt.

Ein Beitrag von Klaus Wessing, Vorstand Institut für Produktionserhaltung

Deutschland führt die Standortdebatte, als könne man industrielle Substanz mit der nächsten Entlastungsrounde zurückkaufen. Washington rechnet inzwischen anders. Dort wird seit einiger Zeit nicht mehr nur über Kosten gesprochen, sondern über Fähigkeiten: über Produktionsketten, technologische Lernkurven und die Frage, was ein Land im Ernstfall noch selbst herstellen kann. Das ist der Hintergrund, vor dem Oren Cass an Einfluss gewonnen hat. Er gilt als intellektueller Architekt einer neuen republikanischen Industriepolitik. Seine Thesen wirken wie ein Bruch mit vier Jahrzehnten marktradikaler Orthodoxie. In Wahrheit erinnern sie an ein Wirtschaftsmodell, das Deutschland selbst groß gemacht hat – und das es zunehmend preisgibt.

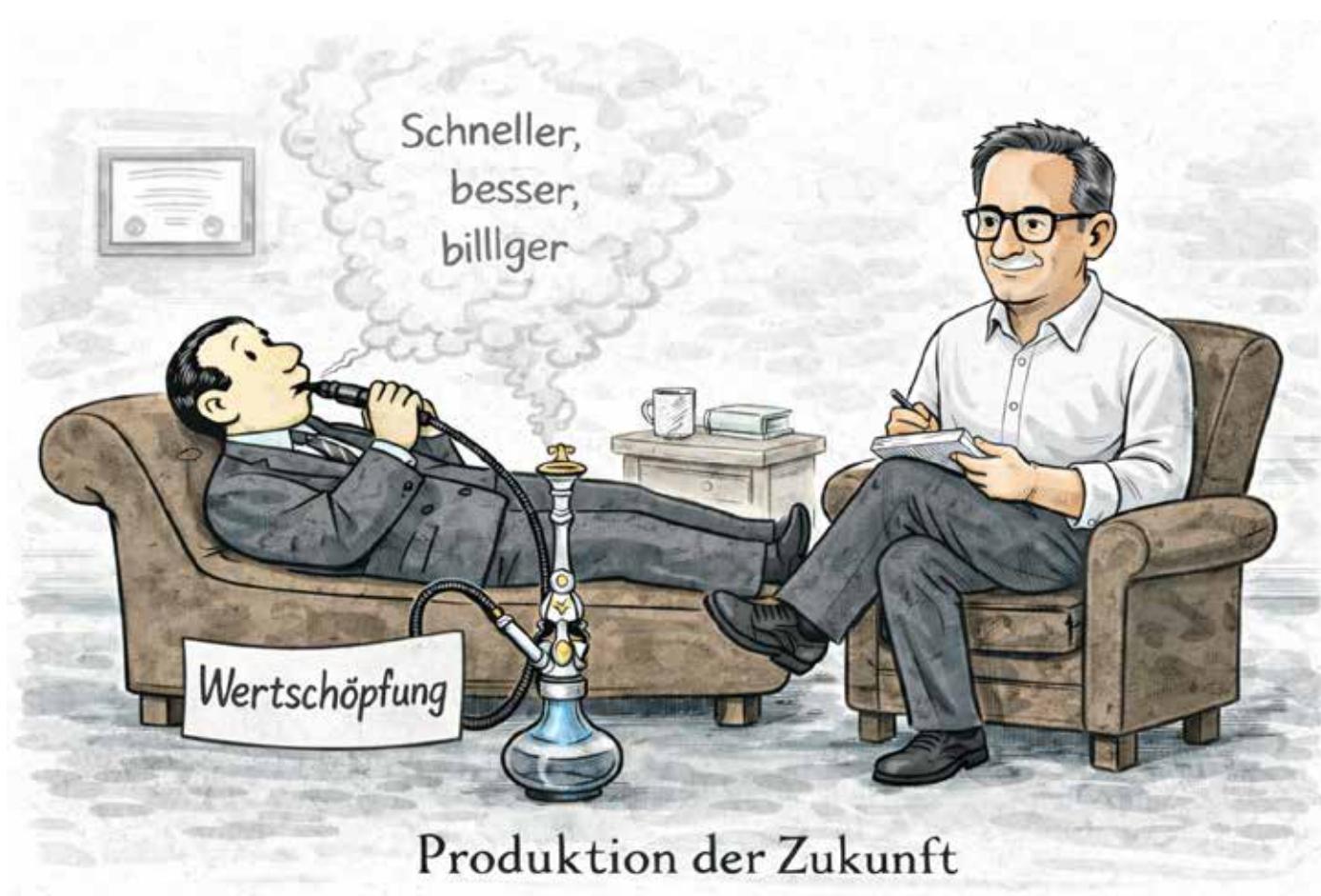
Lange galt Industriepolitik im Westen als ökonomisches Fossil. Globalisierung versprach Effizienz, Märkte galten als überlegene Steuerungsinstanz, Produktion durfte wandern. Mit Oren Cass tritt nun eine Denkfigur auf den Plan, die diese Gewissheiten systematisch infrage stellt. Seine zentrale These ist ebenso einfach wie unbequem: Wohlstand entsteht nicht primär durch billigen Konsum, sondern durch produktive Wertschöpfung. Was in den Vereinigten Staaten als wirtschaftspolitische Revolution erscheint, war in Deutschland jahrzehntelang gelebte Realität.

Der Aufstieg der Bundesrepublik beruhte nicht auf Kostenarbitrage, sondern auf industrieller Kompetenzdichte. Mittelständische Produktionsunternehmen, duale Ausbildung, die Nähe von Entwicklung und Fertigung sowie kontinuierliche Prozessinnovation bildeten das Rückgrat des Wirtschaftswunders. Produktion war Zentrum der Wertschöpfung – nicht deren austauschbares Ende. Der ordoliberalen Rahmen setzte Leitplanken, die heute gern als Ideengeschichte erzählt werden, in Wahr-

heit aber wirtschaftliche Praxis waren: Wettbewerb sichern, Infrastruktur bereitstellen, Bildung organisieren, Marktmacht begrenzen. Der Staat war kein Nachtwächter, sondern Ordnungsstifter. Märkte sollten Produktivität und Innovation hervorbringen – nicht bloß Preise senken.

Genau hier setzt Cass an, allerdings mit einer amerikanischen Zuspitzung. Er betrachtet Industrie nicht als Kostenfaktor, sondern als strategische Infrastruktur moderner Volkswirtschaften. Produktion erzeugt Lernkurven, technologische Kompetenz, stabile Einkommen und gesellschaftliche Stabilität. Wer Fertigung auslagert, verliert nicht nur Arbeitsplätze, sondern Innovationsfähigkeit und wirtschaftliche Souveränität. Märkte, so Cass' Diagnose, optimierten kurzfristige Effizienz – nicht langfristige Kompetenzräume. Globalisierung sei kein neutraler Prozess, sondern ein asymmetrisches Spiel zwischen Staaten mit sehr unterschiedlicher Industriepolitik. Dass diese Denkschule im politischen Zentrum ankommt, ist öffentlich nachvollziehbar: Bei einem Auftritt sagte Vizepräsident J. D. Vance, Cass' Arbeit habe „my thinking“ beeinflusst – und ebenso das Denken von „multiple people within the administration“.

Entscheidender als das politische Lob ist jedoch die Richtung der Politik. Sie ist nicht frei von Widersprüchen und keineswegs automatisch erfolgreich, aber sie ist erkennbar strategisch. Die Vereinigten Staaten setzen auf eine Kombination aus Investitionslenkung, Beschaffungspolitik und handelspolitischer Abgrenzung. Die harte Kante zeigt sich in Zöllen, die nicht als kurzfristiges Druckmittel, sondern als Strukturinstrument eingesetzt werden. Der Congressional Research Service beschreibt die weiterhin bestehenden Section-301-Zölle auf chinesische Importe im Umfang von rund 370 Milliarden



Produktion der Zukunft

Dollar; je nach Gütergruppe liegen die Sätze bei 7,5 bis 25 Prozent. Die Logik ist nicht schwer zu verstehen: Wenn man die Relationen zwischen Offshoring und Inlandsinvestition verändert will, greift man an den relativen Preisen an – und nimmt höhere Konsumkosten in Kauf, um Produktionskapazitäten zu stabilisieren.

Parallel wird die industrielle Basis über gezielte Programme ausgebaut. Im CHIPS-Kontext etwa kündigte das Handelsministerium jüngst per Letter of Intent eine vorgeschlagene Förderung von 277 Millionen Dollar und einen Kredit von 1,3 Milliarden Dollar an, um eine inländische Lieferkette für kritische Mineralien und NdFeB-Magnete aufzubauen – also Vorstufen, ohne die High-Tech-Produktion strategisch verwundbar bleibt. Auch in der Außenwirtschaftspolitik wird die Halbleiterfrage ausdrücklich als Bündnis- und Investitionsfeld behandelt; Reuters berichtete Mitte Januar über ein Abkommen mit Taiwan, das auf Halbleiter fokussiert ist. Das ist kein moralischer Kreuzzug gegen Globalisierung, sondern eine nüchterne Neubewertung: Lieferketten werden als Teil nationaler Handlungsfähigkeit behandelt.

Man muss diese Politik nicht idealisieren, um ihre Signalwirkung zu erkennen. Im Gegenteil: Die Arbeitsmarktdaten erinnern daran, wie zäh Reindustrialisierung bleibt.

Im jüngsten Beschäftigungsbericht des U.S. Bureau of Labor Statistics lag die Beschäftigung im verarbeitenden Gewerbe bei 12,692 Millionen; gegenüber dem Vormonat ergibt sich ein Minus von 8000 Stellen. Das spricht nicht gegen die Strategie, aber es zeigt, dass Fabriken nicht aus Gesetzestexten entstehen, sondern aus langfristigen Investitionsbedingungen, Qualifikation und verlässlichen Ökosystemen.

Für Deutschland liegt die eigentliche Relevanz deshalb weniger in den amerikanischen Instrumenten als in der zugrunde liegenden Rechenart. Cass' Produktivismus und der klassische Ordoliberalismus** verfolgen im Kern dasselbe Ziel: den Erhalt produktiver Wertschöpfungsfähigkeit als Grundlage von Wohlstand und Stabilität. Der Unterschied liegt im Instrumentarium. Während der Ordoliberalismus primär auf Ordnungspolitik setzte – Wettbewerb, Infrastruktur, Bildung –, akzeptiert Cass deutlich interventionistischere Mittel: gezielte Industriepolitik, lokale Beschaffungspflichten und notfalls Zölle, um industrielle Kompetenzräume zu sichern. Doch die ökonomische Logik ist identisch: Märkte benötigen Leitplanken, wenn sie langfristige Leistungsfähigkeit nicht unter kurzfristige Effizienzprämien subordinieren sollen.

Genau an dieser Stelle wird der deutsche Paradigmen-

wechsel sichtbar. Seit den 1990er-Jahren verschob sich das Koordinatensystem: Globalisierung wurde zur Effizienzstrategie, Shareholder-Value zur Leitgröße, Produktion zur variablen Kostenposition. Wertschöpfung wurde in Stückkosten zerlegt – und diese in Standortentscheidungen übersetzt. Was kurzfristig Margen verbesserte, schwächte langfristig industrielle Substanz. Know-how folgt Maschinen, Lernkurven wandern, Abhängigkeiten wachsen. Die Nähe von Entwicklung und Fertigung – einst Kern deutscher Innovationskraft – löst sich dort auf, wo Skalierung und Prozesswissen in andere Regionen abwandern. Das ist kein naturwüchsiger Strukturwandel, sondern das Ergebnis politischer und unternehmerischer Entscheidungen.

Die Ironie der Gegenwart ist daher schlicht: Während Amerika beginnt, industrielle Substanz strategisch zu schützen, diskutiert Deutschland seine Produktionsbasis zunehmend als Belastung. Energiepreise, Regulierung und kurzfristige Kosten dominieren die Debatte – nicht die Frage nach Wertschöpfungstiefe und Kompetenzsicherung. Washington reindustrialisiert. Berlin rechnet.

Was wäre eine nüchterne Konsequenz? Deutschland braucht keine Nostalgie, sondern eine Klärung der Prioritäten. Erstens muss politisch definiert werden, welche Fähigkeiten – Vorprodukte, Schlüsselkomponenten, Prozesskompetenzen, Instandhaltungs- und Skalierungsfähigkeit – als strategisch gelten und daher nicht dem kurzfristigen Kostendruck geopfert werden sollten. Zweitens braucht ein Industrieland Investitionsbedingungen, die nicht nur „wettbewerbsfähig“ heißen, sondern verlässlich sind: Energie- und Netzarchitektur, Genehmigungs geschwindigkeit, Infrastruktur, Qualifikation. Drittens sollte die Debatte aufhören, Produktionsverlagerung als risikolose Normalität zu behandeln. Wer Wertschöpfung auslagert, lagert nicht nur Kapazität aus, sondern Erfahrungsräume. Und Erfahrungsräume sind die eigentliche Quelle von Innovation.

Oren Cass erinnert den Westen an eine ökonomische Grundwahrheit, die Deutschland selbst bewiesen hat: Wertschöpfung ist keine Kostenvariable, sondern die tragende Infrastruktur moderner Volkswirtschaften. Vielleicht braucht es tatsächlich den Umweg über Washington, um sich in Berlin an das eigene Erfolgsrezept zu erinnern.

**Ordoliberalismus ist die deutsche Lehre, dass Marktwirtschaft nicht von selbst „frei“ wird, sondern eine robuste Ordnung braucht: Rechtssicherheit, stabiles Geld und vor allem wirksamen Wettbewerbsschutz. Der Staat soll nicht Preise und Mengen planen, sondern die Spielregeln so setzen, dass Marktmacht begrenzt, Haftung durchgesetzt und Innovation möglich wird. Entstanden ist diese Denkweise in der „Freiburger Schule“ der Zwischenkriegs- und Nachkriegszeit; ihr prominentester Theoretiker war Walter Eucken, flankiert von Franz Böhm

und Hans Großmann-Doerth. Politisch wirksam wurde das Programm über die Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft, wie sie Alfred Müller-Armack prägte und Ludwig Erhard als Wirtschaftsminister in der frühen Bundesrepublik popularisierte. Wer heute über Industriepolitik, Plattformmacht oder „strategische“ Eingriffe diskutiert, landet ordoliberal gesehen stets bei derselben Vorfrage: ob der Staat gerade Ordnung schafft – oder schon selbst die Ordnung ersetzt.

Infokasten

Oren Cass, Gründer und Chefökonom von American Compass, gilt als prägender Kopf einer republikanischen Strömung, die Industriepolitik wieder als Kern staatlicher Handlungsfähigkeit betrachtet. Vizepräsident J. D. Vance sagte bei einem öffentlichen Auftritt, Cass' Arbeit habe „my thinking“ beeinflusst – und ebenso das Denken von „multiple people within the administration“.

Im Interview zur laufenden US-Handelspolitik betonte Cass, dass die umfangreichen Zölle der Trump-Administration nicht einfach zufällig oder rein wirtschaftspolitisch sind, sondern ein Bewusstsein dafür ausdrücken sollen, dass Produktion im Inland zählt: „It's a very simple, broad policy that conveys a value that we see in domestic production.“

Quellenliste

1. National Institute of Standards and Technology (NIST): CHIPS for America Fact Sheet: Federal Incentives – 18. März 2024. Abruf: 26.01.2026.
2. NIST (CHIPS Program Office): CHIPS Incentives Funding Opportunities – 28. September 2023. Abruf: 26.01.2026.
3. Internal Revenue Service (IRS): Advanced Manufacturing Investment Credit (Section 48D) – 26. November 2025. Abruf: 26.01.2026.
4. Congressional Research Service (CRS): The Section 45X Advanced Manufacturing Production Credit (IF12809) – 7. November 2024. Abruf: 26.01.2026.
5. Congressional Research Service (CRS): Section 301 of the Trade Act of 1974 (IF11346) – 30. September 2025. Abruf: 26.01.2026.
6. U.S. Department of Transportation / PHMSA: Bipartisan Infrastructure Law (BIL) / Infrastructure Investment and Jobs Act (IIJA) – 16. Februar 2023. Abruf: 26.01.2026.
7. U.S. Department of Commerce: Build America Buy America – (Webseite, o.D.). Abruf: 26.01.2026.
8. U.S. Department of the Treasury: Unpacking the Boom in U.S. Construction of Manufacturing Facilities – 27. Juni 2023. Abruf: 26.01.2026.
9. Peterson Institute for International Economics (PIIE): US chip construction spending skyrocketed after US CHIPS Act passed – 15. August 2024. Abruf: 26.01.2026.
10. U.S. Bureau of Labor Statistics (BLS): The Employment Situation – December 2025 – 9. Januar 2026. Abruf: 26.01.2026.
11. U.S. Senate Democratic Leadership: Inflation Reduction Act of 2022 – One-Page Summary – (Dokument, 2022). Abruf: 26.01.2026.
12. White House: Presidential Action: Adjusting Imports of Semiconductors, Semiconductor Manufacturing Equipment, and their Derivative Products into the United States – 14. Januar 2026. Abruf: 26.01.2026.
13. White & Case: President Trump orders narrowly targeted 25% Section 232 tariff on certain advanced semiconductor articles – 21. Januar 2026. Abruf: 26.01.2026.
14. Reuters: US, Taiwan reach trade deal focused on semiconductors, US Commerce Department says – 15. Januar 2026. Abruf: 26.01.2026.
15. American Compass: Transcript: Vice President Vance Speaks to Oren Cass at the New World Gala – 4. Juni 2025. Abruf: 26.01.2026.
16. Handelsblatt (Annett Meiritz): „Trump ist so etwas wie eine Übergangsfigur“ – sagt Trumps Berater – 23. Januar 2026 (aktualisiert). Abruf: 26.01.2026.
17. Rev (Transkriptplattform): American Compass Gala – Transcript – (Webseite, o.D.). Abruf: 26.01.2026.

Amerikas Neuausrichtung

Wie Washington seine Wirtschaftspolitik auf Produktion, Lieferketten und Technologieführung trimmt – und warum Oren Cass damit in Deutschland einen Nerv trifft

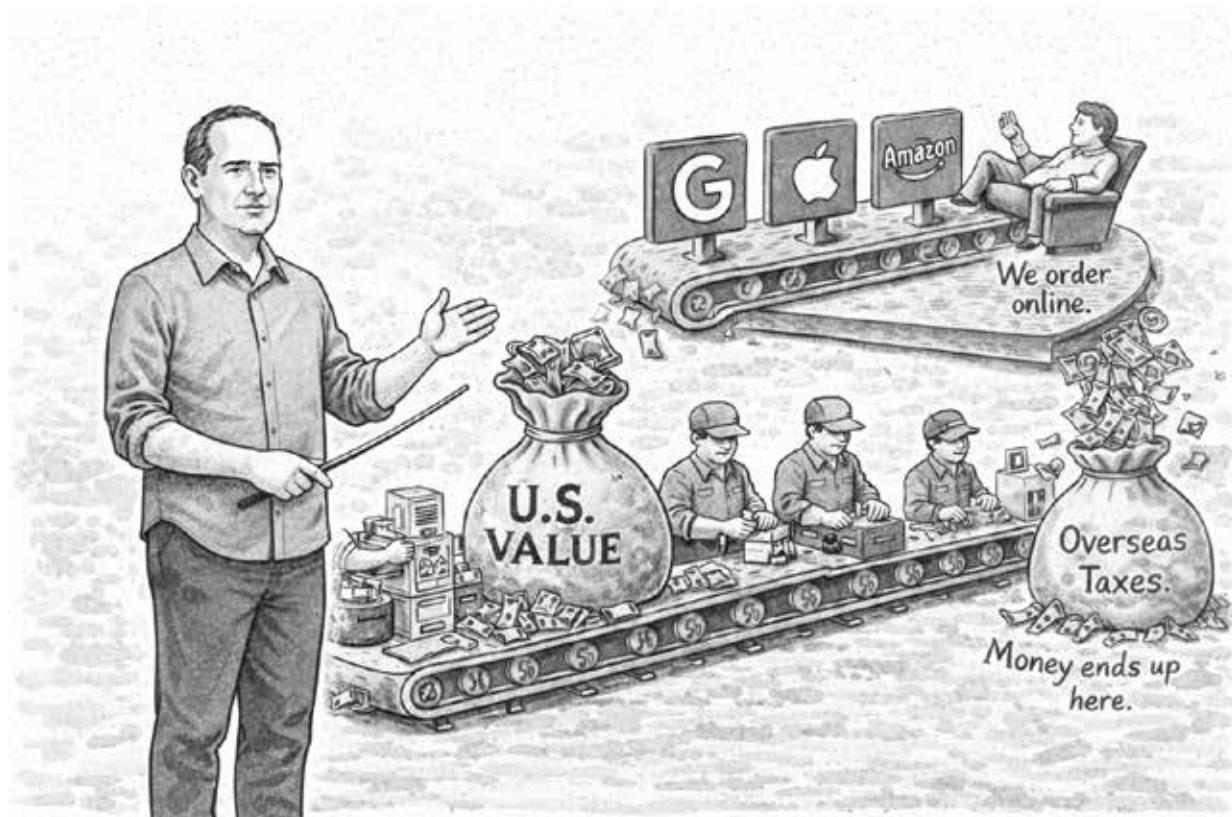
Amerika richtet seine Wirtschaftspolitik seit einigen Jahren neu aus – nicht als akademische Kurskorrektur, sondern als praktisches Programm: Industrie wird wieder als strategische Infrastruktur behandelt. Die Leitidee dahinter ist leicht zu formulieren und schwer zu ignorieren: Wer Schlüsseltechnologien, Vorprodukte und Lernkurven verliert, verliert mittelfristig auch Innovationskraft, gute Arbeit und politische Stabilität. Genau an dieser Stelle wird Oren Cass für deutsche Leser interessant – weil er dem amerikanischen Kurs eine Theorie liefert, die in Deutschland einmal gelebte Praxis war.

Amerika richtet seine Wirtschaftspolitik seit einigen Jahren sichtbar neu aus. Der entscheidende Perspektivwechsel lautet: Nicht mehr primär „Wo ist es am billigsten?“, sondern „Wo entstehen Kapazität, Kompetenz und Resilienz?“. Das ist der Boden, auf dem Denker wie Oren Cass Einfluss gewinnen konnten. Aber der Kurswechsel ist weniger Debatte als Gesetzeslage – und lässt sich an drei Instrumentenfamilien ablesen: Subventionen/Steuergutschriften, Beschaffungsvorgaben und handelspolitische Abschirmung.

Halbleiter: Fertigung wird wieder Staatsprojekt

Der CHIPS and Science Act stellt dem Handelsministerium 52,7 Milliarden Dollar über fünf Jahre zur Verfügung, um Halbleiterfertigung, Forschung und Workforce in den USA zu stärken. Der Kern ist ausdrücklich fabriknah: Der staatliche Impuls zielt darauf, Fabs zu bauen, auszubauen und auszurüsten – nicht nur Forschung zu finanzieren.

Dazu kommt ein Steuerhebel: Der Advanced Manufacturing Investment Credit (48D) sieht – nach aktueller IRS-Darstellung – eine Steuergutschrift von 25% auf quali-



fizierte Investitionen in Anlagen vor, deren Hauptzweck die Herstellung von Halbleitern oder Halbleiter-Equipment ist.

Das ist klassische Industriepolitik in moderner Form: Der Staat übernimmt einen Teil der Fixkosten, die in kapitalintensiven Branchen über Standortentscheidungen bestimmen – und versucht, Lernkurven wieder im Land zu halten.

Clean Manufacturing: Produktion wird pro Einheit gefördert

Mit dem Inflation Reduction Act (IRA) wurde – in der politischen Erstbeschreibung – ein Paket von 369 Milliarden Dollar für „Energy Security & Climate“ über zehn Jahre verknüpft. Wichtiger als die Summe ist die Logik: Die Förderung greift oft nicht als einmalige Prämie, sondern als Produktionsanreiz.

Ein Schlüssel ist der 45X Advanced Manufacturing Production Credit: Er belohnt die Herstellung in den USA. Das Congressional Research Service nennt als Beispiele 35 Dollar pro kWh für Batteriezellen (plus weitere Komponenten-Sätze) und weitere Credits für Solar- und Inverter-Komponenten.

Dass diese Mechanik fiskalisch groß wird, ist inzwischen offiziell umstritten – aber gerade das zeigt die Größenordnung: Die US-Budgetaufsicht (CBO) hat die Kosten der Clean-Energy-Tax-Subsidies unter dem IRA später deutlich höher veranschlagt (Rechnung über einen anderen Zeitraum und mit höherer Inanspruchnahme).

Und es gibt harte Indizien für einen Investitionsschub: Das CRS berichtet, dass die (inflationsbereinigten) Investitionen in Fabriken in IRA-nahen Bereichen zwischen Q2 2022 und Q2 2024 massiv gestiegen sind. Parallel läuft die klassische Basisarbeit: Die Infrastructure Investment and Jobs Act (IIJA) autorisiert 1,2 Billionen Dollar, davon 550 Milliarden Dollar für „neue“ Investitionen und Programme. Diese Ausgaben sind nicht nur Konjunkturpolitik, sondern Standortpolitik: Netze, Logistik, Energie-Backbone – also jene Voraussetzungen, die in einem Hochlohnland über die Produktivität ganzer Wertschöpfungssysteme entscheiden.

Dazu passt die Beschaffungsschiene. Das Build America, Buy America Act etabliert eine Domestic-Content-Präferenz für Infrastrukturprojekte, die nach dem 14. Mai 2022 mit Bundesmitteln finanziert werden: Eisen, Stahl, Manufactured Products und Construction Materials sollen aus US-Produktion stammen. Das ist politisch bedeutsam, weil es den Staat nicht nur als Förderer, sondern als Ankerkunden positioniert.

Handelspolitik: Zölle als Strukturinstrument

Die härtere Außenkante ist die Handelspolitik gegenüber China. Das Congressional Research Service fasst zusammen: Seit 2018 bestehen Section-301-Zölle von 7,5% bis

25% auf rund 370 Milliarden Dollar an Importen aus China – und diese Zölle bleiben in Kraft.

Damit wird Handel explizit nicht mehr nur als Preis- und Wohlfahrtsmechanismus verstanden, sondern als Instrument zur Absicherung strategischer Industrien und zur Korrektur asymmetrischer Konkurrenzbedingungen.

Ein sichtbarer Indikator: der Fabrikbau

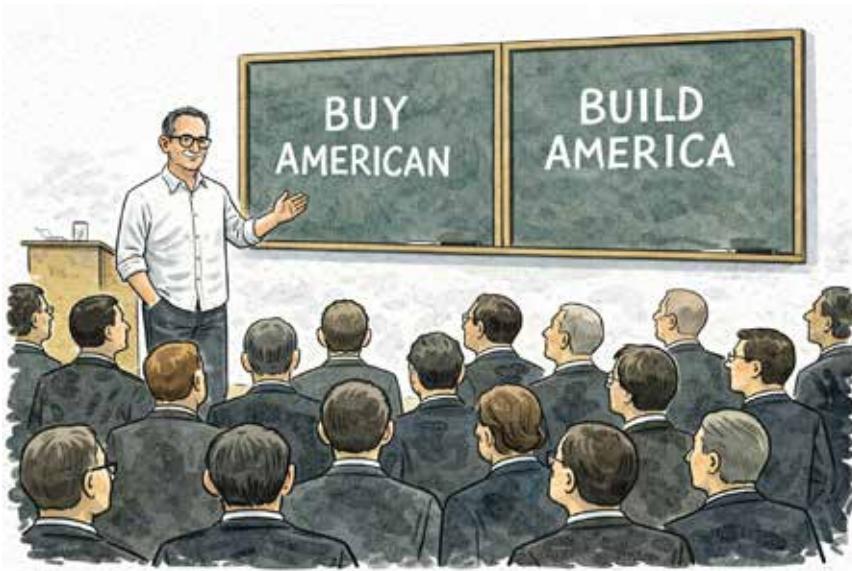
Wie stark diese Politik in die Realwirtschaft hineinwirkt, zeigt ein Indikator, der sich schlecht „weginterpretieren“ lässt: Fabrikbau. Das US-Finanzministerium schreibt, dass die realen Bauausgaben in den Segmenten Computer, Electronics und Electrical Manufacturing seit Anfang 2022 nahezu vervierfacht wurden. PIIE zeigt zugleich, wie dominant diese Kategorie geworden ist: Electronics-Manufacturing-Construction lag 2016/2017 bei rund 3% der gesamten Manufacturing-Construction und stieg bis Juni 2024 auf 58%. Das Neue ist nicht, dass die USA Industrie „entdecken“. Neu ist, dass Washington die Leitvariablen verschiebt: weg von der kurzfristigen Kostenlogik, hin zu Kapazität, Lieferkettenrobustheit und technologischer Souveränität. CHIPS adressiert die kapitalintensiven Fixkosten strategischer Fertigung. IRA/45X versucht, ganze Lieferketten über Produktionsanreize anzusiedeln. IIJA plus Buy-American macht den Staat zum Nachfragermotor. Section-301 setzt eine harte Außenkante.

Für Deutschland liegt die Reibung auf der Hand: Während Washington die Produktionsbasis politisch fixiert, kreist die hiesige Debatte häufig um Standortkosten. Das ist nicht falsch – aber unvollständig. Wer nur Kosten diskutiert, übersieht leicht, dass Kompetenzräume nicht beliebig zurückkehren, wenn sie einmal abgewandert sind.

Wenn man den amerikanischen Kurs nicht als „Subventionswettlauf“, sondern als Verschiebung der Leitvariablen liest, dann ergibt sich für Deutschland eine nüchterne Folgerung: Die Standortdebatte kann nicht bei Kosten enden. Sie muss auf die Kapazitätsfrage umstellen – also auf die Frage, welche industriellen Fähigkeiten dauerhaft im Land (und in Europa) verankert bleiben sollen. Vier Punkte sind dabei entscheidend.

1) Welche Produktionsfähigkeit gilt als strategisch – und warum?

Deutschland hat bisher keine klare, politisch belastbare Antwort darauf, welche Stufen der Wertschöpfung unverzichtbar sind. In der Praxis entscheiden Unternehmen – nachvollziehbar – nach Margen, Energiepreis und Planbarkeit. Der Staat reagiert meist mit horizontalen Instrumenten (Förderprogramme, Abgaben, Entlastungen), aber selten mit einer priorisierten Landkarte kritischer Fähigkeiten: Vorprodukte, Grundstoffkompetenzen, Schlüsselkomponenten, Fertigungstechnologien, Anlagenbau-Know-how, Instandhaltungs- und Skalierungsfähigkeit.



Ohne Priorisierung lässt sich auch nicht entscheiden, wo Eingriffe legitim sind – und wo nicht. „Industrie erhalten“ ist als Formel zu unscharf. Die operative Frage lautet: Welche Kompetenzen wären in fünf Jahren realistisch nicht mehr rückholbar, wenn sie heute abwandern?

2) Welche Energie- und Infrastrukturarchitektur passt zu einem Industrieland?

Energiepreise sind eine Kostenvariable – aber ihre Volatilität ist ein Kapazitätsrisiko, weil Investitionen in Chemie, Metall, Werkstoffe oder auch Batterie- und Halbleiter-Ökosysteme jahrzehntelange Zeithorizonte haben. Die Frage lautet daher nicht nur, wie teuer Strom ist, sondern wie planbar er ist: Netzausbau, gesicherte Leistung, industrielle Lastprofile, schnelle Genehmigungen, verlässliche Preis- und Förderlogiken.

Die amerikanische IIJA-Logik (Netze, Logistik, Infrastruktur als Standortpolitik) zielt genau auf diese „Tragstruktur“. Die Infrastructure Investment and Jobs Act autorisiert 1,2 Billionen Dollar, davon 550 Milliarden Dollar für „neue“ Investitionen und Programme. Das ist klassische Industriepolitik im Gewand der Infrastruktur: Netze, Logistik, Energie-Backbone, digitale Infrastruktur – also die Voraussetzungen, ohne die Fertigung in Hochlohnländern nicht skaliert. Für Deutschland heißt das: Wer industrielle Substanz halten will, muss Infrastruktur nicht als Begleitmusik, sondern als Produktivitätsgrundlage behandeln.

3) Wie wird öffentliche Nachfrage zum Hebel – ohne den Binnenmarkt zu beschädigen?

Die USA nutzen über „Buy American“ öffentliche Beschaffung als Nachfragemotor für heimische Produk-

tion. Deutschland und Europa haben mit Vergaberecht, Binnenmarktregeln und WTO-Rahmen andere Spielregeln – aber die Grundfrage bleibt: Welche Kriterien sollen öffentliche Ausgaben in Zukunft belohnen?

Mögliche Stellschrauben sind weniger nationale Abschottung als europäisch kompatible Kriterien: Resilienzanforderungen, Lieferfähigkeit, Sicherheits- und Nachhaltigkeitsstandards, Lifecycle-Kosten statt nur Anschaffungspreis. Der Knackpunkt

ist: Solange die öffentliche Hand primär den günstigsten Preis prämiert, entsteht politisch viel Rhetorik über Resilienz – aber wenig verlässliche Nachfrage, die Wertschöpfung im System hält.

4) Wie werden Lernkurven, Facharbeit und Produktionsnähe wieder zum Standortfaktor?

Der amerikanische Ansatz zielt nicht nur auf Fabriken, sondern auf das Ökosystem: Workforce, Ausbildung, Zuliefererketten, Prozesskompetenz. Deutschlands Vorteil war historisch genau diese Kompetenzdichte. Wenn Wertschöpfungstiefe sinkt, sinkt mittelfristig auch die Attraktivität produktiver Berufe, Ausbildungspfade werden dünner, und Innovationsfähigkeit wird stärker „entkoppelt“ – Entwicklung hier, Skalierung anderswo.

Die Kapazitätsfrage lautet daher: Welche Mechanismen sichern Produktionsnähe in Zukunftstechnologien? Nicht als Symbolpolitik, sondern über Investitionsbedingungen, schnelle Industrialisierung, Test- und Pilotumgebungen, Zuliefererentwicklung und Qualifikationssysteme.

Die amerikanische Neujustierung ist vor allem eins: ein Wechsel der Rechenart. Nicht „Standortkosten minimieren“, sondern „Fähigkeiten maximieren“. Für Deutschland ist das unangenehm, weil es die Debatte aus der Komfortzone holt: Kosten lassen sich kurzfristig drücken; Kapazitäten lassen sich nur langfristig aufbauen – und sind schnell verloren.

Im Zentrum stehen drei große Gesetzespakete, die zusammen eine Art amerikanisches „Reindustrialisierungs-Dreieck“ bilden: Halbleiter (CHIPS), Clean Manufacturing (IRA) und Infrastruktur (IIJA). Ergänzt wird das Ganze durch Buy-American-Beschaffung und eine handelspolitische Härte gegenüber China.

Dass diese Politik nicht nur Papier ist, lässt sich an einem groben, aber aussagekräftigen Indikator ablesen: der Fabrikbau. Das US-Finanzministerium berichtet, dass seit Anfang 2022 die realen Bauausgaben in den Sparten Computer/Electronics/Electrical Manufacturing nahezu vervierfacht wurden.

Hier liegt der Kontrast, den Cass – bewusst oder unbewusst – freilegt: Während die USA Produktion politisch „aufwerten“ und in Gesetze gießen, kreist die deutsche Debatte oft um Kosten, Förderkulissen und kurzfristige Standortarithmetik. Amerika rechnet zunehmend in Kapazität, Lieferkette, Lernkurve. Deutschland rechnet häufig in Strompreis, Abgabe, Quartalsmarge. Oren Cass liefert dafür den theoretischen Unterbau: Wohlstand als Wertschöpfungsfähigkeit statt als billige Konsumfähigkeit. Man muss seine Folgerungen (Zölle, Local-Content-Pflichten) nicht vollständig teilen, um die strategische Pointe zu sehen: Produktion ist kein austauschbarer Randprozess. Wer sie verliert, verliert mehr als Arbeitsplätze – er verliert Kompetenzräume.

Der Chefökonom der amerikanischen Denkfabrik American Compass gehört zu den einflussreichsten wirtschaftspolitischen Köpfen der neuen republikanischen Industrieagenda. Seine zentrale These ist ebenso nüchtern wie unbequem: Wohlstand entsteht nicht durch günstigen Konsum, sondern durch produktive Fähigkeiten. Gesellschaften werden nicht reich, weil sie billig einkaufen, sondern weil sie herstellen können. Wer Fertigung verliert, verliert Innovationskraft, Einkommen, Stabilität – und auf lange Sicht wirtschaftliche Souveränität.

Was Cass in den Vereinigten Staaten als Neubestimmung formuliert, war in Deutschland jahrzehntelang gelebte Praxis. Der industrielle Aufstieg der Bundesrepublik beruhte nicht auf Kostenarbitrage, sondern auf Kompetenzdichte: Facharbeit, Mittelstand, die Nähe von Entwicklung und Fertigung, kontinuierliche Prozessverbesserung. Ordnungspolitik schuf verlässliche Rahmenbedingungen, Märkte sorgten für Wettbewerb, Unternehmen bauten industrielle Exzellenz auf. Produktion war das Zentrum der Wertschöpfung.

Heute jedoch wird genau diese Substanz zunehmend wie eine variable Kostenposition behandelt. Energiepreise, Regulierung und Standortunsicherheit treiben Investitionsentscheidungen ins Ausland. Kurzfristig verbessert das Margin, langfristig verschiebt es Lernkurven, Know-how und technologische Entwicklung dorthin, wo produziert wird. Was zurückbleibt, ist oft Endmontage – während Kernkompetenzen schrittweise verschwinden.

Cass beschreibt diesen Prozess als strukturellen Fehler einer Wirtschaftspolitik, die Effizienz mit Zukunftsfähigkeit verwechselt. Märkte optimieren kurzfristige Kosten,

aber sie schützen keine industriellen Fähigkeiten. Ohne politische Rahmensexzung wandern Investitionen systematisch in günstigere Regionen ab – und mit ihnen die Grundlagen künftiger Innovation.

Auffällig ist, wie nah diese Analyse an der aktuellen deutschen Unternehmerdebatte liegt. Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie warnte Anfang des Jahres vor einem weiteren Abwärtstrend der Industrieproduktion und forderte, Wettbewerbsfähigkeit wieder zur politischen Priorität zu machen. Auch aus den Industrie- und Handelskammern kommt die Mahnung, dass Reformen und verlässliche Rahmenbedingungen nötig seien, um Investitionen im Land zu halten. Die Diagnose ist klar: Die industrielle Basis steht unter Druck.

Was fehlt, ist bislang die strategische Zusitzung. Während deutsche Unternehmer Standortstärkung fordern, formuliert Cass Produktionsfähigkeit als nationale Aufgabe. Für ihn ist Industrie keine Branche unter vielen, sondern wirtschaftliche Infrastruktur – vergleichbar mit Energieversorgung oder Verkehrssystemen. Staaten, so seine Überzeugung, müssen entscheiden, welche Fähigkeiten sie erhalten wollen, und Investitionen gezielt dorthin lenken. Nicht aus Nostalgie, sondern aus ökonomischer Vernunft.

Der Unterschied liegt weniger im Ziel als in der Konsequenz. In Deutschland dominiert die Hoffnung, mit Entlastungen und Reformen die Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen. Cass geht weiter: Er hält es für notwendig, industrielle Kompetenzräume aktiv zu sichern – notfalls mit industriepolitischen Leitplanken und handelspolitischen Instrumenten.

Diese Härte stößt in Europa auf Skepsis. Viele Unternehmen warnen vor steigenden Kosten, verengten Lieferketten und politischer Übersteuerung. Doch die Alternative bleibt oft unausgesprochen: schleichende Deindustrialisierung durch Standortarbitrage. Die eigentliche Frage lautet daher nicht, ob Industriepolitik bequem ist. Sie lautet, ob ein Hochlohnland industrielle Fähigkeiten dem reinen Kostenwettbewerb überlassen kann, ohne seine Innovationsbasis zu verlieren. Amerika hat begonnen, diese Frage neu zu stellen. Oren Cass liefert dafür die ökonomische Erzählung: Produktion als Voraussetzung von Wohlstand, Arbeit als gesellschaftlicher Stabilitätsanker, Wertschöpfung als strategische Ressource.

Deutschland besitzt die historische Erfahrung, die diese Logik bestätigt. Was fehlt, ist ihre zeitgemäße Übersetzung in eine konsistente Industriepolitik.

Solange Standortdebatten vor allem über Preise, Subventionen und Entlastungen geführt werden, bleibt die Kernfrage unbeantwortet: Welche industriellen Fähigkeiten will dieses Land in zwanzig Jahren noch beherrschen – und was ist es bereit, dafür heute zu tun?

Wer ist Oren Cass?

Der Flüsterer im Weißen Haus

Oren Cass ist kein Name, der in deutschen Chefetagen herumgereicht wird. Noch nicht. In Washington dagegen hat sich der 42-Jährige in eine Rolle geschrieben, die dort mehr zählt als viele Kabinettsstühle: die des Übersetzers. Er übersetzt das diffuse Unbehagen an Globalisierung, Deindustrialisierung und sozialer Erosion in eine ökonomische Grammatik – und liefert der republikanischen Rechten, was ihr lange fehlte: eine Theorie, die nach mehr aussieht als nach Instinkt.

Cass ist Chefökonom und Kopf der konservativen Denkfabrik American Compass. Sein Projekt heißt nicht „weniger Staat“, sondern ein anderer Staat: nicht als Verteiler von Transfers, sondern als Architekt industrieller Fähigkeiten. Er glaubt, dass moderne Gesellschaften nicht am Mangel an Innovation scheitern, sondern an einer falschen Prioritätensetzung: zu viel Konzentration auf billigen Konsum, zu wenig auf das, was Wohlstand tatsächlich erzeugt – produktive Arbeit, Fertigungskompetenz, Wertschöpfungstiefe. Der Satz, der sein Denken zusammenhält, lautet sinngemäß: Eine Volkswirtschaft kann sich nicht in den Dienstleistungssektor retten, wenn sie die industrielle Basis verliert.

Damit steht Cass quer zur orthodoxen Marktlogik, die in den USA wie in Europa Jahrzehntelang dominierte. Er warnt vor einem Kapitalismus, der effizient wird, aber dünn: Gewinner in den Metropolen, Verlierer in den Produktionsregionen, Wachstum in Zahlen, Erosion im sozialen Gefüge. Zölle, „Buy American“, industriepolitische Leitplanken – für Cass sind das keine populistischen Requisiten, sondern Instrumente, um Investitionen dorthin zu lenken, wo sie gesellschaftlich tragen. Er nimmt höhere Preise als Preis für mehr Souveränität in Kauf und hält es für legitim, dass Staaten eine Präferenz für heimische Produktion haben.

Dass Cass im Umfeld von „America First“ als intellektueller Vordenker gilt, ist kein Zufall. Figuren wie J. D. Vance loben ihn offen als jemanden, der „nicht nur mich, sondern viele in der Regierung geprägt“ habe. Cass liefert einen Rahmen, in dem Reindustrialisierung nicht als Nostalgie erscheint, sondern als Rationalität: Wertschöpfung ist für ihn Infrastruktur, vergleichbar mit Energie, Bildung oder Verteidigung.

Seine Ambition reicht über die Tagespolitik hinaus. Cass will die amerikanische Rechte dauerhaft von der Reagan-Formel lösen – weg vom Glauben, dass Freihandel und

Deregulierung automatisch Wohlstand für alle erzeugen. Er arbeitet an einer neuen konservativen Erzählung: Produktion als Basis von Freiheit, Familie als soziale Institution, Arbeit als Quelle von Würde und Stabilität. Kurz: eine politische Ökonomie, die nicht bei Effizienz endet, sondern bei gesellschaftlicher Tragfähigkeit beginnt.

Wer Oren Cass verstehen will, muss ihn daher weniger als Kommentator Trumps lesen, sondern als Programmatiker einer größeren Verschiebung: Amerika will nicht wieder wachsen – es will wieder herstellen. Cass ist einer derjenigen, die diesem „Wir“ eine ökonomische Begründung geben. Und genau deshalb ist er für Deutschland interessant: nicht wegen der Zölle, sondern wegen der Frage, die er dahinter stellt. Wie viel Wertschöpfung muss ein Hochlohnland behalten, um dauerhaft innovativ, souverän und gesellschaftlich stabil zu bleiben? Cass‘ Antwort ist eindeutig. Und sie zielt auf die Zukunft.

J.D. Vance (Vice President)

Zitat (3. Juni 2025, „New World Gala“, Gespräch mit Cass): „Keep doing it, because it really has influenced my thinking. It's influenced the thinking of multiple people within the administration.“

In der wirtschaftspolitischen Debatte der USA ist der Name Oren Cass in den vergangenen Jahren zu einem regelrechten Fixstern geworden: als Gründer und Chefökonom des konservativen Think Tanks American Compass sowie als scharfer Kritiker klassischer marktliberaler Orthodoxien. Sein Aufstieg zur prägenden Stimme eines neuen wirtschaftspolitischen Narrativs ist auch in der US-Presse breit dokumentiert – teils bewundernd, teils kontrovers bewertet. ()

Wer ist Oren Cass?

Oren M. Cass (*1983) ist ein amerikanischer public policy commentator und politischer Berater. Er promovierte

nicht, ist aber juristisch ausgebildet (Harvard Law School) und begann seine Karriere nach Stationen als Strategieberater bei Bain & Company als politischer Analyst und Kommentator. 2018 erschien sein Buch *The Once and Future Worker*, in dem er zentrale neoliberalen Prämisse der US-Politik in Frage stellt und die produktive Rolle von Arbeit und Industrie betont. 2020 gründete er den Think Tank American Compass, der sich als intellektuelle Heimat einer „post-traditionellen“ konservativen Ökonomie versteht.

Cass schreibt regelmäßig für internationale Leitmedien, darunter die *New York Times* und die *Financial Times*, und tritt auch als Kommentator bei großen Medienveranstaltungen und Podcasts auf.

Wie die amerikanische Presse über ihn berichtet

1. Als intellektueller Architekt neuer Konservativer Politik

In zahlreichen US-Medien wird Cass als zentraler Denker eines neuen konservativen wirtschaftspolitischen Konsenses beschrieben, der traditionelle Trennlinien zwischen Freihandel, Deregulierung und marktwirtschaftlicher Orthodoxie aufbricht. Stattdessen steht für ihn die aktive Gestaltung von Wirtschaftspolitik im Vordergrund – etwa durch Industriepolitik und gezielte Förderung produktiver Arbeit.

Ein Überblicksartikel ordnet ihn als Brückenbauer zwischen klassischem Konservatismus und einer produktivistischen Politik ein, die Arbeitsmarkt, Gemeinschaft und Produktion wieder stärker zusammendenkt.

Die jüngste Präsenz Cass' in der amerikanischen Debatte entbrannte um die handels- und tarifpolitischen Schritte der Trump-Administration 2025.

In einem weit beachteten Artikel von Vox zur Zolldiskussion im Frühjahr 2025 heißt es, die meisten Ökonomen würden die massiven Zölle der Regierung als ökonomisch problematisch ansehen. Cass jedoch: „This is a policy at the end of the day that's oriented toward helping some of the folks who have really been the losers in the economy...“ – Oren Cass über die Intention hinter der Tarifpolitik.

Damit wird er in der amerikanischen Öffentlichkeit als Hauptintellektueller dargestellt, der die ungewöhnliche wirtschaftspolitische Allianz zwischen staatlicher Steuerung, Industriepolitik und republikanischer Wählerbasis begründet und verteidigt.

Es gibt auch deutliche kritische Stimmen in der internationalen Fachpresse. Ein Beitrag in *Commonplace* bezeichnet Cass' Theorien zu globalen Ungleichgewichten und struktureller Wirtschaftsneuordnung als „strange theories“ und weist darauf hin, dass viele etablierte Forscher seine Sicht auf Handelsdefizite und Systemumbau ablehnen.

Ebenso wird in Fachdebatten hervorgehoben, dass Cass' Vorstellungen von Industrie- und Tarifpolitik weit über die herkömmliche konservative Volkswirtschaftslehre hinausgehen und teils klassische freihändlerische Prämisse radikal hinterfragen.



Bedeutung und Rezeption

In den USA wird Cass nicht als bloßer Wortführer einer taktischen Politik verstanden, sondern als strategischer Denker einer neuen konservativen Ökonomie – einer, die nicht länger auf „unsichtbare Hand“ oder ungebremste Globalisierung vertraut, sondern auf staatliche Rahmen- setzung, Produktionsförderung und die Stärkung produktiver Arbeit.

Sein Think Tank American Compass steht dafür, dass konservative Politik Familien, Gemeinschaften und Industrie stärker als Wertschöpfungsfaktoren begreift statt nur Effizienz und Wachstum.

Der neue Produktivismus – wie Oren Cass den westlichen Wirtschaftskurs neu vermisst

Lange galt Industriepolitik im Westen als historisches Re- likt. Globalisierung versprach Effizienz, Märkte galten als überlegene Steuerungsinstanz, Produktion durfte wandern. Mit Oren Cass tritt nun eine Denkfigur auf den Plan, die diese Gewissheiten systematisch infrage stellt – und damit eine der einflussreichsten wirtschaftspolitischen Strömungen der amerikanischen Rechten prägt.

Cass' Ausgangspunkt ist ebenso schlicht wie provokant: Wohlstand entsteht nicht primär durch günstigen Konsum, sondern durch produktive Wertschöpfung. Volkswirtschaften, die ihre Produktionsfähigkeit verlieren, verlieren langfristig Innovation, stabile Einkommen und gesellschaftliche Kohärenz. Wachstum ohne industrielle Substanz sei ökonomisch fragil – und politisch explosiv. Damit bricht Cass bewusst mit der republikanischen Orthodoxie der letzten Jahrzehnte. Steuernsenkungen, De- regulierung und Freihandel hätten zwar Preise gesenkt, zugleich aber industrielle Kerne ausgehöhlt. Regionen verloren gute Arbeit, Qualifikationspfade verschwanden, Abhängigkeiten wuchsen. Die Deindustrialisierung des amerikanischen Rust Belt dient Cass als Lehrstück eines marktfundamentalistischen Irrwegs.

Seine Antwort nennt er nicht Protektionismus, sondern strategische Ökonomie. Märkte, so Cass, optimierten kurzfristige Effizienz – nicht langfristige Kompetenzräume. Staaten müssten deshalb gezielt Produktionsketten sichern, Schlüsselindustrien schützen und Investitionen umlenken. Zölle sind für ihn weniger Handelskrieg als Korrekturinstrument asymmetrischer Globalisierung. Industriepolitik wird zur Infrastrukturpolitik.

Zugleich verbindet Cass Ökonomie mit Sozialarchitektur. Arbeit ist für ihn nicht bloß Einkommensquelle, sondern gesellschaftlicher Anker: Sie ermöglicht Familiengründung, Aufstieg, Stabilität. Deshalb kombiniert seine Schule industriepolitische Instrumente mit Lohnsubventionen und familienzentrierter Sozialpolitik – staatlich aktivierend statt passiv alimentierend.

Der intellektuelle Kern dieses Produktivismus liegt in der

Rückkehr zur Wertschöpfungstiefe. Innovation entsteht nicht in Finanzströmen oder globaler Arbitrage, sondern dort, wo Entwicklung und Fertigung zusammenwirken. Wer Produktionsprozesse auslagert, verlagert langfristig auch technologische Führung.

Gerade für Europa wirkt diese Argumentation vertraut. Das deutsche Nachkriegsmodell beruhte auf genau jenen Mechanismen: industrieller Kompetenzdichte, Nähe von Forschung und Fertigung, kontinuierlicher Qualifikation. Cass formuliert für Amerika, was Deutschland einst zur führenden Industrienation machte – und in den vergangenen Jahrzehnten zunehmend preisgab. Kritiker werfen ihm vor, Zölle könnten Ineffizienz und Preisanstiege erzeugen, Industriepolitik Lobbyismus befördern. Cass bestreitet diese Risiken nicht, hält sie jedoch für steuerbar – und für geringer als den schlechenden Verlust produktiver Substanz.

So markiert seine Denkschule weniger einen populistischen Bruch als eine strategische Rückbesinnung: auf Produktion als Fundament wirtschaftlicher Stärke, auf Wertschöpfung als Quelle gesellschaftlicher Stabilität und auf den Staat als Hüter industrieller Kompetenzräume. Der neue Produktivismus stellt damit die entscheidende Frage westlicher Wirtschaftspolitik neu: Nicht, wie günstig konsumiert wird – sondern wie dauerhaft produziert werden kann.

Cass ist kein akademischer Ökonom im klassischen Sinn – und gerade deshalb wirkt seine Stimme in der öffentlichen Debatte besonders stark. Er positioniert sich nicht nur als Kritiker der traditionellen wirtschaftspolitischen Eliten, sondern als jemand, der ein alternatives Politikmodell formuliert und in die politische Praxis übersetzt. Die amerikanische Presse beschreibt ihn entsprechend nicht als Randfigur, sondern als zentralen intellektuellen Akteur einer neuen wirtschaftspolitischen Strömung im konservativen Lager – teils kontrovers, teils anerkennend.

Seine These lautet, dass reale Produktion die unverzichtbare Infrastruktur für Innovation und langfristigen Wohlstand bildet, während eine rein kostengetriebene Verlagerung von Wertschöpfungsketten zu einem unwiderruflichen Verlust an technologischem Wissen und struktureller Souveränität führt.



THE ONCE AND THE FUTURE WORKER

Oren Cass und die Rückkehr der Produktionsfrage

Oren Cass ist in Deutschland kaum bekannt, in Washington aber gilt er als intellektueller Taktgeber einer neuen konservativen Wirtschaftspolitik. Sein Programm zielt auf Reindustrialisierung – nicht als Nostalgie, sondern als Sicherung nationaler Fähigkeiten. Für Deutschland ist das weniger ein Importmodell als eine unbequeme Erinnerung an das eigene ordnungspolitische Erbe.

Es gibt Menschen, die in der Politik mehr bewegen als Minister. Sie schreiben keine Gesetze, sie unterschreiben keine Verordnungen – und dennoch verschieben sie die Denkgrenzen. Oren Cass gehört zu dieser Kategorie. In Deutschland ist sein Name bestenfalls ein Randvermerk, in Washington dagegen wird er inzwischen wie eine Art ideeller Lieferant behandelt: als jemand, der dem republikanischen Machtwechsel nicht nur Parolen, sondern ein ökonomisches Gerüst gegeben hat. Als Vizepräsident J. D. Vance ihn im Juni auf der Bühne der Denkfabrik American Compass aufforderte, „weiterzumachen“, war das kein routiniertes Lob. Cass’ Arbeit, sagte Vance, habe sein Denken beeinflusst – und das „mehrerer Personen innerhalb der Administration“.

Cass ist Chefökonom und Gründer von American Compass, einer konservativen Denkfabrik, die sich demonstrativ von jenem marktradikalen Reflex absetzt, der die amerikanische Rechte seit Reagan prägte. Sein Projekt lautet nicht: weniger Staat. Es lautet: ein anderer Staat. Nicht als Ersatz für Märkte, sondern als Ordnungsmacht, die entscheidet, welche Fähigkeiten eine Volkswirtschaft nicht verlieren darf. Das klingt in Europa vertraut und in Amerika wie Häresie. Denn Cass stellt eine Frage, die im liberalen Standardmodell als unschicklich gilt: Ob eine Nation wirklich so tun kann, als sei es gleichgültig, wo Wertschöpfung stattfindet – solange der Konsument billig einkauft.

Cass’ Denken beginnt bei einem nüchternen Befund: Moderne Volkswirtschaften leben nicht von der Illusion, man könne Innovation vom Herstellen trennen. Wer Fertigung verlagert, verlagert mittelfristig auch Prozesswissen, Lernkurven und die Fähigkeit, die nächste Generation von Produkten überhaupt noch zu beherrschen. Die Pointe liegt darin, dass Cass diesen Satz nicht als Kulturkritik vorträgt, sondern als Investitionslogik. Aus seiner Sicht haben die Vereinigten Staaten über Jahrzehnte Wachstum mit Wohlstand verwechselt: hohe Aggregatzahlen, aber ausgedünnte industrielle Substanz;

glänzende Tech-Bilanzen, aber ein Arbeitsmarkt, der für viele Haushalte keine verlässliche Lebensplanung mehr ermöglicht. Deshalb verbindet Cass die Frage der Produktion mit der Frage der sozialen Statik. Arbeit ist in diesem Weltbild nicht bloß Einkommen, sondern Infrastruktur.

In dieser Diagnose steckt, jenseits aller amerikanischen Rhetorik, ein Gedanke, den Deutschland früher einmal besser verstanden hat. Der ordoliberalen Kern der Bundesrepublik war nie der romantische Glaube an den Markt, sondern die Einsicht, dass Märkte Regeln brauchen, damit sie Leistungsfähigkeit hervorbringen. Wettbewerb sichern, Infrastruktur bereitstellen, Bildung organisieren, Marktmacht begrenzen – das war nicht Anti-Industrie, sondern die Voraussetzung dafür, dass Industrie wachsen konnte. Der Staat war nicht Produzent, aber er war Architekt eines Rahmens, in dem Produktionskompetenz nicht als zufälliges Nebenprodukt entstand, sondern als Ergebnis von Kontinuität: Facharbeit, Mittelstand, die Nähe von Entwicklung und Fertigung, die stille Disziplin der Prozessverbesserung.

Cass greift genau diese Logik auf – nur mit einem Instrumentenkasten, der in Europa härter wirkt. Wo der Ordoliberalismus auf indirekte Ordnung setzte, akzeptiert Cass direkte Lenkung: nationale Beschaffung, industrie-politische Prioritäten, handelspolitische Barrieren als Investitionssignal. Das ist der Punkt, an dem deutsche Leser reflexhaft abwinken. Doch es wäre bequem, Cass auf „Zoll-Ökonomie“ zu reduzieren. Sein eigentlicher Angriff richtet sich gegen die intellektuelle Selbstberuhigung der letzten Jahrzehnte: die Vorstellung, der Standort sei im Zweifel austauschbar, Wissen wandere nicht oder kehre schon zurück, und politische Erklärungen könnten die physische Realität industrieller Abwanderung ersetzen. Gerade für Deutschland ist Cass deshalb weniger als Blaupause interessant denn als Spiegel. Während Amerika – getrieben von geopolitischem Druck und innerer Zerreißprobe – wieder über Produktionsfähigkeit als strategische Kategorie spricht, verengt sich die deutsche



Standortdebatte oft auf Kosten, Subventionen und das nächste Entlastungspaket. Das mag betriebswirtschaftlich nachvollziehbar sein; volkswirtschaftlich ist es eine riskante Verwechslung von Ursache und Anlass. Energiepreise können fallen, Konjunkturen drehen, Förderregime wechseln. Verlorene Kompetenzräume kehren selten zurück – jedenfalls nicht in der Frist einer Legislatur. Am Ende steht ein klares Bild: Oren Cass ist kein Lautsprecher, sondern ein Umstimmer. Er arbeitet daran, „America First“ von der Pose zur Wirtschaftsordnung umzubauen: Produktion als strategische Infrastruktur, Arbeit als gesellschaftlicher Anker, Staat als Garant industrieller Fähigkeiten. Sein Ehrgeiz ist größer als Trump und zugleich politisch angeschlussfähiger als akademische Modelle: Er will die konservative Ökonomie der Vereinigten Staaten neu justieren – weg vom Glauben, dass billig automatisch gut sei, hin zur Frage, was ein Land können muss, um frei zu bleiben. Wer wissen will, wohin die Debatte über Reindustrialisierung im Westen laufen könnte, sollte Cass weniger nach seinen Parolen beurteilen, sondern nach dem Satz, der hinter allem steht: Dass Wohlstand nicht dort entsteht, wo man am billigsten einkauft, sondern dort, wo man noch imstande ist, die Dinge zu machen, von denen man lebt.

Deutschland hat viele Ökonomen, viele Institute, viele Verbände – und doch keinen Oren Cass. Das ist keine Polemik, sondern eine nüchterne Feststellung über die Architektur der deutschen Wirtschaftsdebatte. Cass, der amerikanische Chefökonom der Denkfabrik American Compass, ist nicht deshalb interessant, weil er Zölle be-

fürwortet oder weil er „America First“ intellektuell unterfüttert. Er ist interessant, weil er eine Rolle besetzt, die es hierzulande derzeit nicht gibt: die des wirtschaftspolitischen Übersetzers, der Produktion nicht als Brancheninteresse, sondern als Staatsräson formuliert – und damit bis in die Machtzentren durchdringt.

In Deutschland wird über den Standort gesprochen, als sei er ein Kostenblatt. Mal ist der Strom zu teuer, mal die Bürokratie zu kleinteilig, mal die Genehmigung zu langsam. Das alles ist richtig. Es ist nur selten das Entscheidende. Die entscheidende Frage lautet nicht, ob eine Kilowattstunde ein paar Cent mehr kostet oder ein Formular zu lang ist. Sie lautet, ob ein Hochlohnland die industriellen Fähigkeiten behält, die seine Produktivität, seine Exportkraft und seine Innovationsgeschwindigkeit tragen – oder ob es sie schrittweise auslagert und damit die Rückkehrsfähigkeit verliert. Cass’ Schule nennt das „capabilities“. Deutschland kennt dafür ein älteres Wort: Wertschöpfungsfähigkeit.

Dass es hier keinen Cass gibt, hat mit Personen weniger zu tun als mit Strukturen. Die deutsche Ökonomie ist intellektuell tief und institutionell breit, aber sie produziert selten Figuren, die Theorie, politische Wirksamkeit und gesellschaftliche Erzählung zugleich verbinden. Der ordoliberalen Kern – Märkte brauchen Ordnung, Wettbewerb braucht Regeln, wirtschaftliche Freiheit braucht institutionelle Stabilität – ist historisch ein Erfolgsmodell gewesen. Heute erscheint er oft wie eine museale Referenz, die im Alltag der Standortpolitik kaum noch als

strategischer Kompass wirkt. Ordnungspolitik wird verwaltet, nicht erzählt. Und wo nicht erzählt wird, setzen sich kurzfristige Kalküle durch.

Die Verbände wiederum sprechen zwangsläufig im Interesse ihrer Mitglieder. Sie sind nötig, aber sie sind nicht gebaut, um eine gesamtwirtschaftliche Theorie der Produktion zu liefern. Sie verhandeln Entlastungen, Ausnahmegenehmigungen, Förderkulissen. Das ist legitim. Es ersetzt nur keine konsistente Antwort auf die Frage, welche industrielle Substanz ein Land halten muss, um auch künftig technologisch souverän zu bleiben. Und die Wirtschaftsforschung, so stark sie in Deutschland ist, misst häufig dort am schärfsten, wo es am bequemsten ist: bei Preisen, Effizienzkennziffern, kurzfristigen Outputgrößen. Sie tut sich schwerer mit dem, was Cass ins Zentrum rückt: der langfristigen Erhaltung von Kompetenzräumen, Lernkurven und Produktionsnetzwerken – also mit ökonomischen Gütern, die sich nicht in Quartalszahlen ausdrücken, aber über Jahrzehnte entscheiden.

Hinzu kommt ein kultureller Reflex, der die Debatte zuverlässig verkürzt. Wer in Deutschland Industriepolitik fordert, gerät schnell in den Verdacht, nach Subventionen zu rufen. Wer Wertschöpfungstiefe betont, wird verdächtigt, Strukturwandel aufzuhalten zu wollen. Wer über Produktionsfähigkeit als strategische Kategorie spricht, muss sich erklären, als sei er bereits Protektionist. Cass hatte denselben Gegner – nur hat er ihn besiegt, indem er die Sprache verschoben hat. Er hat aus der Industriefrage keine Nostalgie gemacht, sondern eine Frage der Stabilität: Arbeit als gesellschaftlicher Anker, Produktion als Innovationsmaschine, Wertschöpfung als Infrastruktur.

Deutschland hat dafür eigentlich die besseren Voraussetzungen als Amerika. Es besitzt die historische Erfahrung, wie industrielle Stärke entsteht: durch Facharbeit, durch den Mittelstand, durch die Nähe von Entwicklung und Fertigung, durch eine Ordnungspolitik, die Wettbewerb schützt und Investitionen planbar macht. Was fehlt, ist die zeitgenössische Übersetzung dieses Erbes in eine Politik, die nicht nur reagiert, sondern gestaltet – und die das auch begrifflich durchhält. Stattdessen wird der Standort oft in Teilproblemen diskutiert, die man mit dem nächsten Paket, der nächsten Ausnahme, dem nächsten Strompreisdeckel zu lösen hofft. Die Politik gibt sich entschlossen, doch die Wirklichkeit zieht mit stoischer Gelassenheit ihre eigenen Linien: Investitionen folgen Erwartungssicherheit, Fähigkeiten folgen Produktion, und Wissen folgt dorthin, wo es gebraucht wird.

Ein deutscher Oren Cass wäre daher weniger ein Think-tank-Star als eine Funktion: jemand, der die Industriefrage aus dem Zunftstreit heraushebt und als zentrale volkswirtschaftliche Aufgabe formuliert. Nicht als Schutz alter Branchen, sondern als Sicherung künftiger Innovationsfähigkeit. Er müsste die ordoliberalen Idee erneuern, nicht imitieren: Ordnungspolitik nicht als Verzichtserklärung,

sondern als strategische Standortarchitektur – Energie, Infrastruktur, Ausbildung, Kapitalallokation, Regulierungstempo. Und er müsste die unbequeme Wahrheit aussprechen, die Cass politisch so wirksam macht: Dass der Preis der Deindustrialisierung nicht im Heute liegt, sondern im Morgen – und dass man verlorene Kompetenzräume nicht einfach zurückkaufen kann.

Dass Deutschland diese Rolle nicht kennt, ist erklärbar. Dass es sich das in einer Phase globaler Blockbildung leisten kann, ist eine offene Frage. Denn während Amerika seine Industriefrage neu stellt, diskutiert Deutschland noch, ob sie überhaupt eine ist.

USA entdeckt die Industrie – Deutschland verlernt sie?

USA: Die neue Industriepolitik

Strategiewechsel: Produktion wird als nationale Infrastruktur behandelt
Ziel ist die Sicherung von Schlüsseltechnologien, Lieferketten und damit politischer Stabilität.

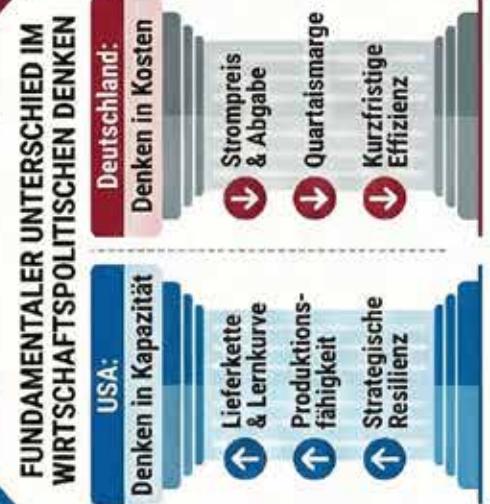
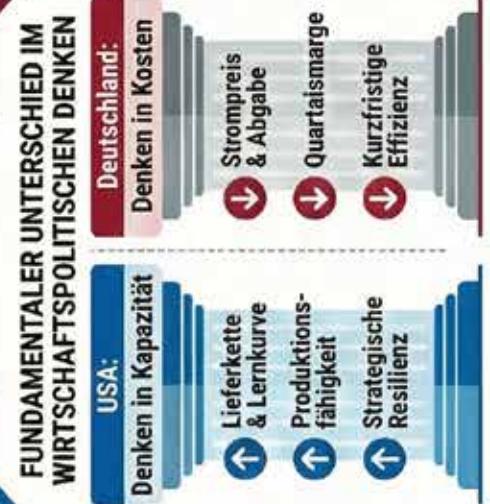
Deutschland: Die Erosion der industriellen Basis

Fokus auf Kosten statt Kompetenz
Die Debatte kreist um Energiepreise und Margen, statt um langfristige Wertschöpfungsfähigkeit.

Das Reindustrialisierungs-Dreieck: Massive Investitionen in Kernsektoren



Fabrikbau-Boom: Bauausgaben für Elektronik seit 2022 fast vervierfacht
Ein klares Indiz für die Wirksamkeit der neuen politischen Anreize.



Schleichender Rückzug: Industrieanteil an Wertschöpfung sinkt
(2000) Der Anteil sank von ca. 23 % (2000) auf unter 19 % (2023).

Know-how-Verlust: Wissen und Lernkurven wandern mit der Produktion ab
Wer Wertschöpfung auslagent, verliert Kompetenz, Innovation und Zukunftsfähigkeit.

MADE IN AMERICA: OREN CASS

Oren Cass ist in Deutschland kein Name, der in den üblichen wirtschaftspolitischen Schlagabtauschen regelmäßig fällt. Er ist eher ein Importartikel aus Washington: ein Stichwort, das in Fachkreisen aufblitzt, wenn man über Reindustrialisierung, Resilienz oder die politische Rückkehr der „Produktionsfrage“ spricht – und dann wieder verschwindet, weil hierzulande andere Reflexe stärker sind. Das ist nicht verwunderlich. Die deutsche Debatte ist seit Jahren darauf trainiert, Industrie als Kostenproblem zu behandeln: Energie, Regulierung, Steuern, Bürokratie. Cass aber zwingt dazu, Industrie als Fähigkeit zu betrachten: als System aus Kompetenzen, Lieferketten, Lernkurven – und damit als strategische Infrastruktur..

Deutsche Unternehmer sprechen bislang nicht direkt über Oren Cass, aber ihre Aussagen zu Industriepolitik, Wettbewerbsfähigkeit und Produktionsfähigkeit zeigen eine inhaltliche Nähe zu zentralen Themen seiner Denkschule – wenn auch durch eine deutsche, nicht amerikanische Brille. Cass’ Impulse zur strategischen Bedeutung von Wertschöpfung und Produktionsfähigkeit finden im deutschen Sprachraum kein direktes Echo als personalisierte Debatte, sondern als strukturelle Forderung nach Reformen, Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit, wie sie BDI und DIHK wiederholt artikulieren.

Sein Angebot an die Diskussion ist weniger eine neue Kennzahl als eine neue Blickrichtung. Cass sagt sinngemäß: Wohlstand entsteht nicht zuerst durch billigen Konsum, sondern durch produktive Wertschöpfung, die man aufbauen, halten und verteidigen muss. In Deutschland wirkt das merkwürdig vertraut. Denn genau diese Logik war die unausgesprochene Betriebsanleitung des deutschen Modells über Jahrzehnte: Wertschöpfungstiefe, Facharbeit, Produktionsnähe, eine Industrie, die nicht am Ende der Kette hängt, sondern ihr Zentrum ist. Dass Cass in den USA als Revolution gilt, ist für deutsche Ohren deshalb fast ironisch: Er formuliert, was hier einmal Alltag war – nur in einer Sprache, die im Westen aus der Mode geraten ist.

Die deutsche Skepsis beginnt dort, wo Cass’ Instrumentenkoffer aufklappt. Seine Diagnose – Märkte optimieren kurzfristige Effizienz, aber nicht automatisch langfristige Kompetenzräume – lässt sich auch ohne ideologische Vorliebe nachvollziehen. Gerade exportorientierte Hochlohnländer leben davon, dass Wissen, Prozesskompetenz und Fertigung nicht auseinanderdriften. Wer die Lernkurve auslagert, verliert sie. Wer nur noch montiert, erfindet seltener. Diese Zusammenhänge muss man nicht romantisieren; sie sind praktische Industrieerfahrung. Cass’ Argument trifft daher einen Nerv – nicht, weil Deutschland „amerikanischer“ werden möchte, sondern weil es sich in vielen Branchen bereits mit den Folgen eines

schleichenden Kompetenzabflusses beschäftigt.

Doch Cass verbindet diese Diagnose häufig mit einer handelspolitischen Härte, die in Deutschland reflexhaft Abwehr auslöst. Breite Zölle, lokale Beschaffungspflichten, eine staatlich gelenkte Reindustrialisierung: Das klingt hier schnell nach Protektionismus, nach Vergeltungsspiralen, nach einer teuren Politik, die am Ende gerade jene exportgetriebene Industrie trifft, die sie zu schützen vorgibt. Die deutsche Wirtschaftsvernunft ist in dieser Frage ordnungspolitisch geprägt: Märkte ja, aber mit Leitplanken; der Staat als Rahmengeber, nicht als dauernder Preis- und Mengenregisseur. Cass dagegen ist – bei aller Systemrationalität – interventionistischer. In Deutschland stößt man sich deshalb weniger an seiner Wertschöpfungsdiagnose als an der Frage, ob sein Mittel nicht mehr Schaden erzeugt als das Problem, das es lösen soll.

Gerade darin liegt die eigentliche deutsche Relevanz von Cass: Er zwingt zur Trennung von Diagnose und Therapie. Man kann die Produktionsfrage neu stellen, ohne automatisch auf Zollpolitik zu setzen. Man kann Wertschöpfungsfähigkeit zum strategischen Ziel erklären, ohne den Außenhandel in eine Dauerkonfrontation zu treiben. Und man kann – das ist der unbequemste Punkt – die Standortdebatte aus der reinen Kostensprache lösen, ohne die Realität von Kosten zu leugnen.

Cass ist kein Rezeptbuch für Berlin. Er ist ein Spiegel, der zeigt, wie sehr sich die Prioritäten anderswo verschoben haben. Für Deutschland lautet die entscheidende Frage deshalb nicht, ob man Cass „folgt“. Sie lautet, ob man überhaupt noch eine Antwort darauf hat, welche industrielle Kompetenz dieses Land halten will – und mit welchen verlässlichen Bedingungen. Energiepreise schwanken, Konjunkturen drehen, politische Stimmungen ändern sich. Produktionsfähigkeit aber ist zäh im Aufbau und schnell im Verlust. Wer das für eine Folklore hält, wird irgendwann feststellen, dass auch Wohlstand

eine technische Basis hat. Cass erinnert daran – aus Amerika, aber mit einer Pointe, die Deutschland eigentlich aus eigener Geschichte kennen müsste.

Oren Cass ist aber nicht alleine, im Oval Office tummeln sich viele Flüsterer, auf die Trump hört. In der Wirtschafts- und Handelspolitik ist Trumps Ohr kein einzelner Mensch, sondern ein Rivalitätsdreieck. Als Finanzminister spielt Scott Bessent eine zentrale Rolle, auch sichtbar in der Fed-Personalie und der öffentlichen Attacke auf Powell – dort ist er der Tonsetzer für das, was das Weiße Haus als „Wirtschaftsführung“ versteht. Daneben steht Howard Lutnick im Handels-/Industriekurs als politischer Hardliner-Pol und Kevin Hassett als wirtschaftspolitischer Koordina-

Produktion als Standortfrage – was deutsche Unternehmer fordern und was Oren Cass daraus ableiten würde

Während der amerikanische Ökonom Oren Cass in Washington die industrielle Wertschöpfung zur strategischen Kernfrage erhebt, äußern sich deutsche Unternehmer bislang nicht zu seiner Person, wohl aber mit wachsender Dringlichkeit zu genau jener Substanzfrage, die Cass ins Zentrum seiner Wirtschaftspolitik rückt: der Erhalt der Produktionsfähigkeit.

Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Indus-



tor im Umfeld des National Economic Council; Semafor beschreibt diese Gruppe ausdrücklich als Lagerbildung („team tariff“ vs. „team econ“) mit teils unterschiedlichen Instinkten beim Tariffthema.

Wenn es um Zölle als Instrument geht, wird außerdem fast zwangsläufig Peter Navarro genannt: Er ist in der zweiten Amtszeit wieder offiziell im Apparat verankert (Trade/Manufacturing) und gilt als zentraler Treiber harter Zoll- und „reciprocal tariffs“-Logik. Als „Techniker“ im Hintergrund tauchen außerdem Namen wie Stephen Miran (CEA) und Jamieson Greer (USTR) in deutschen und internationalen Überblicken zu Trumps Wirtschaftsmaschine auf – eher weniger als öffentliche Gesichter, eher als diejenigen, die Mechanik und Begründungen liefern.

trie, Peter Leibinger, warnte im Januar vor einer schlechenden Erosion der industriellen Basis. „Only if we now give top priority to strengthening competitiveness and growth can we stop the downward trend in industrial production“, sagte Leibinger am 21. Januar 2026 in Berlin (Reuters). Die Formulierung ist technisch, die Diagnose eindeutig: Ohne gezielte Stärkung des Standorts droht weiterer Substanzverlust.

Auch aus der Wirtschaftskammern kommt ein ähnlicher Ton. Volker Treier, Chefanalyst des Deutschen Industrie- und Handelskammertages, mahnte Ende Januar, es liege nun an der Bundesregierung, Reformen rasch umzusetzen, um aus einer möglichen Erholung wieder nachhaltiges Wachstum zu machen (Reuters, 26. Januar 2026).

Investitionen, so die implizite Botschaft, folgen nicht Absichtserklärungen, sondern verlässlichen Rahmenbedingungen.

Inhaltlich liegen diese Aussagen bemerkenswert nahe an dem, was Cass in den Vereinigten Staaten theoretisch zusetzt. Auch er argumentiert, dass Wettbewerbsfähigkeit nicht primär eine Frage kurzfristiger Kosten sei, sondern der Fähigkeit, industrielle Kompetenzräume zu erhalten. Wo deutsche Unternehmer von Standortstärkung sprechen, spricht Cass von „productive capacity“ – von Produktionsfähigkeit als strategischer Infrastruktur einer Volkswirtschaft.

Der Unterschied liegt weniger im Ziel als in der Konsequenz. Während deutsche Verbände vor allem Reformen, Planungssicherheit und Entlastung fordern, zieht Cass daraus eine weitergehende wirtschaftspolitische Logik. Märkte, so seine These, optimierten Effizienz, nicht industrielle Substanz. Staaten müssten daher aktiv Investitionsströme lenken, um Schlüsselkompetenzen im Land zu halten – notfalls mit handelspolitischen Leitplanken.

Deutsche Industrievertreter reagieren auf vergleichbare europäische Initiativen bislang zurückhaltend. In Brüssel diskutierte lokale Inhaltsvorgaben und „Made in Europe“-Programme stoßen in vielen Unternehmen auf Skepsis, weil sie Kosten erhöhen und Lieferketten verengen könnten (Financial Times). Der Wunsch nach Produktionssicherung ist groß – die Bereitschaft zu harten industriepolitischen Instrumenten deutlich geringer.

So entsteht eine paradoxe Konstellation. Deutsche Unternehmer benennen mit wachsender Klarheit das Risiko der Deindustrialisierung. Cass liefert in den USA bereits die politische Architektur, um genau dieses Risiko strategisch zu adressieren. In Deutschland bleibt die Debatte dagegen überwiegend reaktiv: Reform statt Strategie, Entlastung statt Kompetenzpolitik.

In der Sache nähern sich beide Seiten an. In der Umsetzung trennen sie Welten.

Cass würde die Aussagen von Leibinger und Treier vermutlich als richtige Diagnose lesen – und als unzureichende Therapie. Wettbewerbsfähigkeit allein sichere keine industrielle Zukunft, solange Investitionen systematisch dorthin flössen, wo Rahmenbedingungen günstiger seien. Produktionsfähigkeit müsse politisch als nationale Fähigkeit behandelt werden, nicht nur als betriebliche Standortentscheidung.

Dass deutsche Unternehmer diesen Schritt bislang scheuen, erklärt sich aus der europäischen Handelsordnung ebenso wie aus der historischen Abneigung gegen offene Industriepolitik. Doch je stärker Produktionsverlagerungen zur strukturellen Realität werden, desto dräng-

gender wird die Frage, ob Reformrhetorik allein genügt.

Amerika hat mit Oren Cass begonnen, die Industriefrage neu zu formulieren – nicht als Kostenproblem, sondern als strategische Kernfunktion der Volkswirtschaft. Deutschland diskutiert dieselbe Entwicklung noch im Vokabular der Standortpflege. Märkte lenken Investitionen dorthin, wo kurzfristig günstiger produziert werden kann. Sie schützen jedoch keine Kompetenzräume. Für Unternehmen bedeutet das: Wer heute nur Stückkosten optimiert, entscheidet unbemerkt über die eigene technologische Zukunft.

Praxisnah übersetzt heißt das nicht, jede Produktion um jeden Preis im Land zu halten. Es heißt, strategisch zwischen austauschbaren Volumenprozessen und kompetenzkritischen Kernstufen zu unterscheiden.

Drei Fragen werden damit für Investitionsentscheidungen zentral:

Erstens: Welche Produktionsschritte erzeugen unser spezifisches Know-how? Dort entstehen Lernkurven, Qualitätssprünge und Kostenvorteile von morgen. Diese Stufen sind strategisch – nicht nur betriebswirtschaftlich.

Zweitens: Wo entstehen Innovationen tatsächlich? In vielen Branchen folgt Entwicklung der Fertigung schneller als umgekehrt. Wer Produktionsnähe verliert, verliert oft auch Produktführerschaft.

Drittens: Welche Abhängigkeiten entstehen durch Verlagerung? Lieferketten lassen sich diversifizieren, Kompetenz lässt sich kaum zukaufen.

Unternehmen, die diese Logik bereits anwenden, handeln anders. Sie automatisieren kritische Produktionsstufen im Inland, statt sie auszulagern. Sie sichern Pilotfertigungen und Vorserien bewusst am Entwicklungsstandort. Sie akzeptieren höhere Anfangskosten, um langfristige Innovationsfähigkeit zu bewahren. Sie bauen regionale Zulieferernetzwerke auf, statt sie nur global zu optimieren.

Genau hier liegt die praktische Übersetzung von Cass' Denkansatz: Wertschöpfungstiefe wird zur strategischen Kennzahl. Nicht: Wo ist es heute am billigsten? Sondern: Wo entsteht unsere Fähigkeit von morgen?

Für die deutsche Industrie ist das kein theoretischer Paradigmenwechsel, sondern eine Rückkehr zu einem Erfolgsprinzip, das Jahrzehntelang galt. Mittelstand und Weltmarktführer wurden stark, weil Entwicklung, Fertigung und Verbesserung eng verzahnt waren. Produktionskompetenz war Wettbewerbsvorteil – nicht Kostenproblem.

Die aktuelle Standortkrise zeigt, wie schnell diese Logik erodiert, wenn Entscheidungen nur unter kurzfristigem

Kostendruck fallen.

Cass' Botschaft ist deshalb weniger amerikanisch als sie scheint. Sie lautet schlicht: Unternehmen, die ihre Produktionsfähigkeit preisgeben, sparen sich nicht gesund – sie rationalisieren sich aus ihrer Zukunft.

Für die Praxis heißt das: Produktion gehört in die strategische Unternehmensplanung, nicht nur in die Kostenrechnung. Wer heute über Investitionen entscheidet, entscheidet nicht nur über Margen, sondern über Innovationsfähigkeit der nächsten zehn bis zwanzig Jahre.

Die Unternehmer sehen das Risiko. Cass beschreibt bereits die Konsequenz.

Oren Cass definiert Wohlstand grundlegend neu, indem er den Fokus weg vom reinen Konsum und hin zur produktiven Wertschöpfung verschiebt. Seine Kernthese lautet, dass echter Wohlstand nicht durch möglichst billigen Konsum entsteht, sondern durch die Fähigkeit einer Gesellschaft, Dinge selbst herzustellen.

Hier sind die zentralen Säulen seiner Neudefinition:

Produktion als strategische Infrastruktur: Cass betrachtet die Industrie nicht als bloße Kostenstelle, sondern als eine Form von strategischer Infrastruktur, vergleichbar mit Bildung oder Verteidigung. In seinem Modell ist die industrielle Basis das Rückgrat eines Staates, da sie technologische Lernkurven, stabile Arbeitsplätze für die Mittelschicht und wirtschaftliche Resilienz erzeugt.

Abkehr von der „BIP-Romantik“: Er kritisiert die Fixierung auf Makro-Kennzahlen wie das Bruttoinlandsprodukt (BIP) oder reines Wachstum. Für Cass ist Wachstum ohne produktive Arbeit „ökonomisch hohl“, da hohe Aggregatzahlen oft eine ausgedünnte industrielle Substanz und stagnierende Reallöhne verdecken können. Stattdessen setzt er auf eine Fähigkeiten-Rechnung: Es zählt, welche Kompetenzen, Prozesse und Zuliefernetze im Land existieren.

Unzertrennlichkeit von Innovation und Fertigung: Ein zentraler Aspekt seiner Definition ist, dass man Innovation nicht vom Herstellen trennen kann. Wer die Fertigung auslagert, verliert laut Cass mittelfristig auch das Prozesswissen und die Fähigkeit, die nächste Generation von Produkten überhaupt noch zu beherrschen. Technologische Lernkurven entstehen demnach auf dem „Shopfloor“ durch das wiederholte Bauen und Verbessern, nicht nur in Laboren.

THE ONCE AND FUTURE WORKER

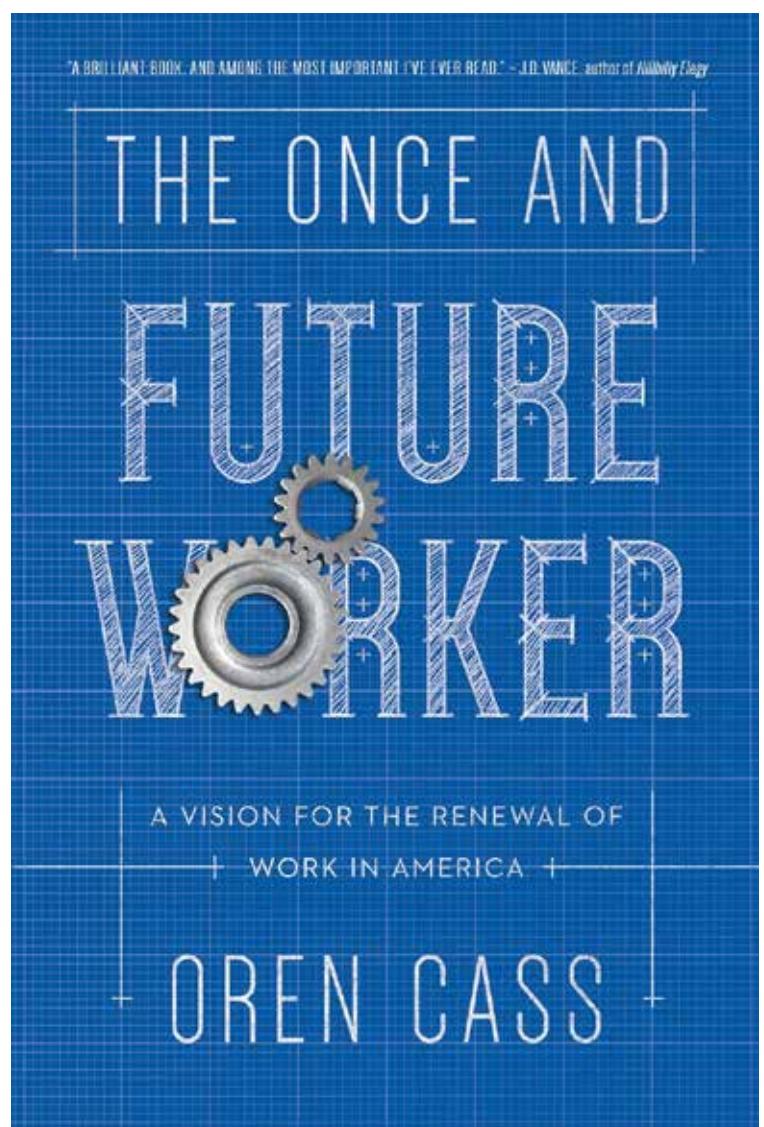
Oren Cass' Buch „The Once and Future Worker“ (2018) ist keine Nostalgie-Schrift für rauchende Schloten, sondern der Versuch, einen blinden Fleck westlicher Wohlstandspolitik zu markieren: Man habe die Gesellschaft so behandelt, als sei sie vor allem eine Konsumgemeinschaft – und Arbeit nur die Finanzierungsquelle dafür. Cass dreht die Blickrichtung um. Nicht der Warenkorb, sondern die Fähigkeit, ein tragfähiges Erwerbsleben zu führen, wird zum Maßstab. Die Pointe ist für einen amerikanischen Konservativen unerquicklich genug: Wenn der Arbeitsmarkt für breite Gruppen keine stabilen Lebensläufe mehr hervorbringt, dann ist das kein Kollateralschaden „des Wandels“, sondern ein Politikfehler.

Cass nennt das seine „Working Hypothesis“: Öffentliche Politik solle sich daran messen lassen, ob sie „eine Wirtschaft schafft, in der Arbeitnehmer aller Art ... erfüllte Leben um produktive Arbeit, starke Familien und gesunde Gemeinschaften aufbauen können“. So fasst es selbst ein kritischer Rezensent im Cato Journal zusammen. In der Logik des Buches ist das keine moralische Kür, sondern eine ökonomische Bedingung. Gesellschaften, die ihre produktive Mitte ausdünnen, verlieren nicht nur Einkommen, sondern auch Stabilität – und am Ende politische Handlungsfähigkeit.

Damit kollidiert Cass frontal mit einer Denktradition, die in der angelsächsischen Welt gern als nüchterner Realismus gilt: die Fixierung auf aggregiertes Wachstum, Effizienz und das, was Ökonomen „consumer welfare“ nennen. Cass' Gegenstoß ist programmatisch, beinahe ketzerisch. Er zitiert Adam Smiths Satz, „consumption is the sole end and purpose of all production“, um ihn zurückzuweisen. Produktion ist für Cass nicht bloß das notwendige Übel vor dem Konsum, sondern der Ort, an dem Fähigkeiten, Disziplin, Kooperation und technologische Lernkurven entstehen – kurz: gesellschaftliche Substanz. Darum kann er im selben Atemzug einen Satz formulieren, der wie ein Gegen-Motto zur Konsumethik klingt: „Production without consumption creates options; consumption without production creates dependence and debt.“

Diese Verschiebung des Maßstabs zieht sich durch das ganze Buch. Cass argumentiert gegen den reflexhaften Ausweg, soziale Verwerfungen mit Transfers zu überdecken, während man die Struktur des Arbeitsmarkts als Naturereignis hinnimmt. In einem Interviewformat zur Buchveröffentlichung beschreibt er, man habe die Politik

„all the way to the consumer side“ gedreht; was gut für Menschen als Konsumenten sei, könne ihnen als Arbeit-



nehmern schaden. Der Satz ist nicht nur Diagnose, sondern Angriff: Wer Arbeitsmarktprobleme primär als Verteilungsproblem behandelt, verwechselt Symptom und Ursache. Dass Cass dabei Universal-Basic-Income-Konzepte als Ausweichmanöver der Eliten deutet, hat ihm Aufmerksamkeit weit über konservative Kreise hinaus eingebracht. Im New Yorker wird er mit der zugespitzten Formulierung zitiert: „We have reached a point where the rich think paying everyone else to go away represents compassionate thinking.“

Auffällig ist, dass Cass' Buch weniger ein Zolllob ist als eine arbeitsmarktpolitische Konstruktion. Sein Staat ist nicht zuerst Zollbeamter, sondern Architekt von Rahmenbedingungen, in denen „produktive“ Erwerbsarbeit wieder häufiger wird. Ein Strang ist Bildungspolitik gegen den „college-for-all“-Reflex: Cass hält das amerikanische System für ein Durchlaufband, das viele in teure, unvollständige Bildungswege schickt und ihnen zugleich praktische Qualifikationspfade ausdünnnt. Im City-Journal-Gespräch betont er genau diesen blinden Fleck: Die Regierung sei bei Regulierung präsent, bei „workforce preparedness and training“ aber „surprisingly absent“, weil das System auf College-Abschlüsse fixiert sei. Die Alternative ist bei ihm nicht anti-akademisch, sondern pluralistisch: mehr Berufsbildung, mehr Übergänge, weniger ideologische Gleichsetzung von „Aufstieg“ und Hörsaal.

Der zweite, politisch heikelste Baustein ist Cass' Lohn- und Transferarchitektur. Er plädiert nicht einfach für „mehr Geld“, sondern für Instrumente, die Arbeit tragen lassen sollen – und zwar ohne den Arbeitsmarkt nur über Mindestlöhne und Verbote zu steuern. Der Cato-Resident referiert als „most sweeping proposal“ eine „wage subsidy“ für Geringqualifizierte, die die Lücke zu einem Zielstundenlohn teilweise schließen soll. Cass' Hoffnung: höhere Erwerbsanreize, weniger Transferbiographien, mehr Stabilität in der Breite. Die Gegenkritik liegt nahe: teuer, schwer sauber zu finanzieren, und politisch anfällig für Symbolpolitik. Genau diese Spannung – ambitionierte Diagnose, komplizierte Technik – macht den Text zugleich anziehend und angreifbar.

Dass „The Once and Future Worker“ früh als intellektueller Marker wahrgenommen wurde, zeigen zeitgenössische Reaktionen. In einem City-Journal-Podcast-Intro heißt es, das Buch habe „a blizzard of comment“ ausgelöst; erwähnt wird ausdrücklich eine Kolumne von David Brooks (New York Times), die es „absolutely brilliant“ genannt habe. Auf der anderen Seite des Spektrums lobt der Cato Journal das Werk als „ambitious, erudite, and timely“, auch wenn er die Ausführung „less than convincing“ findet – ein klassisches amerikanisches Kompliment

mit eingebautem Warnhinweis. Und im konservativen Deutungsraum wird Cass als Lieferant eines intellektuellen Rückgrats für eine pro-worker-Variante des „Producerism“ gelesen; die Claremont Review of Books nennt das Buch „a provocative but well-reasoned manifesto“ zur Wiederbelebung des Arbeitsmarkts.

Was hat das mit Produktion und Wertschöpfung zu tun – also mit dem Feld, das Cass später über American Compass und die neue republikanische Industriepolitik bespielt? Das Buch liefert dafür die normative und ökonomische Grundierung. Cass' „Worker“ ist keine romantische Figur, sondern die Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Gesellschaft. Wer Arbeit nur als Kostenfaktor behandelt, kann kurzfristig Effizienz gewinnen – und langfristig die Quellen von Kompetenz, Stabilität und Innovationsfähigkeit schwächen. In dieser Logik wird „Produktion“ nicht zur Folklore, sondern zur Infrastruktur: als Ort der Lernkurven, der Qualifizierung, der sozialen Aufstiegspfade. Man muss Cass' späteres Zoll- und Industriepolitik-Instrumentarium nicht teilen, um zu sehen, warum seine Argumente in einer Zeit von Lieferketten-Brüchen, geopolitischen Risiken und industrieller Polarisierung auf Resonanz stoßen.

Die eigentliche Provokation von „The Once and Future Worker“ besteht deshalb weniger in einzelnen Vorschlägen als in der Umwertung des politischen Kompasses. Cass will, dass Regierungen wieder ausdrücklich fragen: Dient diese Politik der Fähigkeit vieler, produktiv zu arbeiten – oder optimiert sie nur Kennziffern, die gesellschaftlich folgenlos wirken, bis sie es nicht mehr tun? Dass diese Frage heute so amerikanisch klingt, ist vielleicht der erstaunlichste Befund.

Wenn du willst, mache ich als nächstes daraus eine FAZ-Seite-3-taugliche Fassung für DIALOG mit deutschem Spiegel (Ordoliberalismus, Dualsystem, Wertschöpfungstiefe) – im Ton von Klaus Weßing, aber ohne einen einzigen „America-First“-Reflexsatz.

Im Claremont Review of Books hat der Jurist und Publizist Michael M. Rosen Cass' Buch in einen größeren anglo-amerikanischen Traditionstraditionenstrang eingeordnet – und damit eine hilfreiche Linse geliefert, wie man The Once and Future Worker lesen sollte. „Producerism“ nennt Rosen jene Denkrichtung, nach der Wirtschaftspolitik sich an den Prioritäten derjenigen orientieren sollte, die Dinge herstellen, nicht an denen, die sie nur konsumieren. Diese Idee habe im angelsächsischen Raum eine „lange, glanzvolle und auch unerquicklich-widersprüchliche Geschichte“, schreibt Rosen; Amerika gelte zwar als

konsumentische Gesellschaft, doch ein pro-arbeiterlicher Grundton ziehe sich seit über einem Jahrhundert durch die wirtschaftspolitische Debatte.

Rosen beobachtet zugleich, dass dieses produceristische Denken in jüngerer Zeit meist im Schatten populistischer Rhetorik aufgetaucht sei – mit großer Lautstärke, aber wenig intellektuellem Unterbau. Genau diese Lücke, so seine These, schließe Cass: The Once and Future Worker sei ein provokantes, aber in sich sorgfältig begründetes Manifest zur Wiederbelebung des Arbeitsmarkts, das einer „pro-worker“ Perspektive das lange vermisste argumentative Rückgrat verschaffe. Damit ist Cass bei Rosen ausdrücklich nicht bloß ein Reflex auf Trump-Rhetorik, sondern der Versuch, ein konsistentes Zielsystem zu formulieren: nicht „Amerika arbeiten lassen“, wie es die abgenutzte Formel verlangt, sondern – in Rosens zugespitzter Wiedergabe – die Politik so zu bauen, dass sie die Arbeiter in den Mittelpunkt der Nation stellt.

In diesem Rahmen lässt sich auch Cass’ Kernthese präzise verorten. Er nennt sie selbst eine „working hypothesis“: Langfristiger Wohlstand werde vor allem durch einen Arbeitsmarkt bestimmt, in dem Beschäftigte tragfähige Familien und Gemeinschaften aufbauen können – und genau darauf solle öffentliche Politik zentral zielen. Das ist der Punkt, an dem Cass sich gleichermaßen gegen die konservative Wachstumsorthodoxie wie gegen linke Politikentwürfe setzt: Für ihn ist Wachstum kein Selbstzweck, wenn es an der Breite der Erwerbsbiographien vorbeiläuft; ebenso wenig ist Umverteilung eine Antwort, wenn sie die Erosion produktiver Lebensläufe nur kaschiert.

Rosen rekonstruiert bei Cass zudem den normativen Satz, der in der deutschen Debatte oft fehlt, aber für Cass’ Produktionslogik entscheidend ist: Arbeit ist nicht nur Einkommen. Sie ist sinnstiftend durch das, was sie der Person ermöglicht, durch das, was sie für die Familie absichert, und durch die Rolle, die sie in der Gemeinschaft begründet. Wer diese Dimension ignoriere, lande bei modischen Ersatzlösungen, die den Bürger zum Transferempfänger umdefinieren. Cass setzt dem sein Konzept eines „productive pluralism“ entgegen: eine Wirtschafts- und Sozialordnung, in der Menschen mit unterschiedlichen Fähigkeiten und Lebenswegen selbsttragende Familien bilden und als produktive Mitglieder ihrer Gemeinschaft wirken können. Cass liefert, so verstanden, keine Nostalgie, sondern eine Umwertung des Kompasses: Weg von einer Politik, die pri-

mär Verbraucherpreise, Konsum und aggregierte Kennziffern optimiert – hin zu einer Politik, die den Arbeitsmarkt als tragende Institution gesellschaftlicher Stabilität behandelt. Dass daraus später industriepolitische Folgerungen gezogen werden, ist bei Cass nicht der Ausgangspunkt, sondern die Konsequenz: Produktion wird wichtig, weil sie jene Erwerbsformen, Lernkurven und Kompetenzräume ermöglicht, die ein Hochlohnland langfristig tragen.

About the Author

A brilliant book. And among the most important I’ve ever read.

J.D. Vance

Quelle (für den übersetzten/integrierten Presseteil): Michael M. Rosen, Working Hypothesis, Claremont Review of Books, 25. März 2019.

Praise

“Working-class voters tried to send a message in 2016, and they are still trying to send it. The crucial question is whether America’s leaders will listen and respond. One way to start doing that is to read Oren Cass’s absolutely brilliant new book, *The Once and Future Worker*.” — David Brooks, *The New York Times*

“A thoughtful, provocative, carefully argued book that made me change my mind on some issues that I thought I’d thought about quite a lot...” — Jason Furman, Chairman of President Obama’s Council of Economic Advisers

“Oren Cass has accomplished the rare feat of not only saying something truly new and innovative about our society, but also doing it in a readable, engrossing way. *The Once and Future Worker* is a wake-up call to our political class, and indeed the whole country, that rising consumption can’t replace that most basic of goods—a job. A brilliant book. And among the most important I’ve ever read.” — J.D. Vance, author of *Hillbilly Elegy*

“[*The Once and Future Worker*] is one of those rare works capable of affecting a change in attitude among its less dogmatic readers: it convinces through its moderation, its open-mindedness, and its willingness to negotiate ideas.” — Emmanuel Todd, French historian and anthropologist

"No one has better articulated the conservative argument for why work matters to America's long-term prosperity than Oren Cass. Oren's insightful prescription for what ails us should be required reading for those who endeavor to create a labor market in which workers can create and support strong families and communities." — Senator Mitt Romney (R-UT)

"Oren Cass has written the essential policy book for our time. His diagnosis cuts to the heart of what's troubling our political economy, and his prescriptions chart the way toward a more constructive politics. A must-read." — Yuval Levin, editor of National Affairs

"Through an unflinching indictment of the mistakes that Washington has made for a generation and continues to make today, Oren Cass forcefully draws out the contradictions of a consensus that has actively displaced Americans from their national inheritance of good jobs and thriving hometowns. *The Once and Future Worker* offers much-needed clarity for how to make the American Dream possible for the many." — Senator Marco Rubio (R-FL)

"Oren Cass's focus on the importance of work—and making work pay—offers welcome common ground for policy debates across partisan and ideological lines. His core principle—a culture of respect for work of all kinds—can help close the gap dividing the two Americas that the 2016 election so starkly revealed." — William A. Galston, Senior Fellow, The Brookings Institution



Institut für
Produktionserhaltung e.V.

Impressum:

infpro

Institut für Produktionserhaltung e.V.

Ostergasse 26

D-86577 Sielenbach

Vertreten durch Klaus Weßing, Vorstand infpro

E-Mail: info@infpro.org
www.infpro.org

Verantwortlich für den Inhalt im Sinne des § 18 Abs. 2 MStV:

Klaus Weßing, Vorstand infpro

Design und Bildgestaltung: Susanne O'Leary, alle Bilder wurden mit ChatGPT und DALL-E von OpenAI erstellt.

Redaktion KI: Roberto Zongi, Dr. Maximilian Krause, Ian McCallen,

Holger Kleinbaum, KI-Beirat des Instituts

Haftungshinweis:

Trotz sorgfältiger inhaltlicher Kontrolle übernehmen wir keine Haftung für die Inhalte externer Links. Für den Inhalt der verlinkten Seiten sind ausschließlich deren Betreiber verantwortlich.